

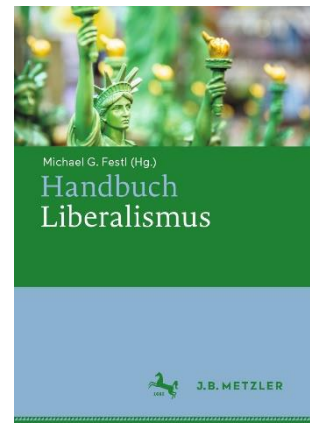


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Michael G. Festl (Hrsg.): Handbuch Liberalismus.

Berlin: J. B. Metzler, 2021, XIX, 592 S., ISBN: 978-3-476-05797-6

„Im liberalen Sinne heißt liberal nicht nur liberal“, das bekannte Wort von Lorient fällt einem unweigerlich ein, wenn man dieses umfangreiche und zugleich gewichtige „Handbuch Liberalismus“ durchblättert und liest. Michael G. Festl, Ständiger Dozent für Philosophie an der Universität St. Gallen, zeichnet als Herausgeber für ein bemerkenswertes Unternehmen verantwortlich, welches das Phänomen des Liberalismus auf knapp 600 Seiten in vielfacher Weise be- und durchleuchtet. Fast fünfzig ausgewiesene Experten einen kurzen Beitrag von rund acht Seiten Länge über bedeutende Personen und wichtige Themen schreiben zu lassen sowie 72 Texte redaktionell zu bearbeiten und zu bündeln, ist für einen alleinigen Herausgeber eine wahre Herkulesaufgabe. Festl hat sie beeindruckend bewältigt.



Bereits die kurze Einleitung unter dem Titel „Liberaler Tränen“ (anknüpfend an ein Wort von Donald Trump) zeigt etwas von der munteren Art, in der auch viele Beiträge verfasst worden sind. So ist das „Handbuch“ in vielen Fällen weniger ein Nachschlagewerk als eher ein Lesebuch und bisweilen ist es auch ein Lesevergnügen. Die Einführung des Herausgebers enthält zutreffende Aussagen und schöne Sentenzen über das historische und politische Phänomen „Liberalismus“: „Sein Erfolgsgeheimnis ist die Wandelbarkeit.“ Er könne sich „stets neu erfinden“. „Wenn der Liberalismus sich immer nur anbieten würde, dann könnte man nicht erklären, wieso es ihn überhaupt braucht“ (S. V). Er sei aber kein „Parasit der Ideengeschichte“, denn „seine Wandelbarkeit ist nicht Ausdruck von Opportunismus, sondern Ausdruck der Offenheit, die er propagiert“. Er poche auf sein Recht dazuzulernen, begehe Fehler und sei deshalb „die Philosophie der Selbstkorrektur“ (S. VI). Zu Recht betont der Herausgeber die zwei unterschiedlichen ideengeschichtlichen Wurzeln des kontinentaleuropäischen und anglo-amerikanischen Liberalismus, die in der verschiedenen Haltung zum Staat und zu einer Steuerung der Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Die „zentrale Herausforderung für den Liberalismus unserer Tage“ sei die Globalisierung (S. VIII). Hier müsse liberale Politik auf die Bedrohung von Freiheit, Pluralismus und Toleranz reagieren und die radikale ökonomische Ungleichheit beenden.

Das „Handbuch Liberalismus“ ist kein Lexikon, keine Enzyklopädie und auch keine Gebrauchsanleitung. Es ist deshalb weder chronologisch noch alphabetisch, sondern sachthematisch in sieben Teile gegliedert, die mit Ausnahme des ersten (mit 21 Artikeln) zwischen sieben und zwölf Beiträge umfassen. Im ersten Abschnitt geht es um „klassische Vertreterinnen und Vertreter“, im zweiten um „Prinzipien und Werte“, im dritten Kapitel um die „Konkurrenten“ und im vierten um „Varianten“ des Liberalismus. Der fünfte Teil beschäftigt sich mit „historischen Ereignissen und Perioden“, der sechste mit Entwicklungen jenseits der westlichen Welt („Über den Westen hinaus“) und der siebte schließlich mit den „neuen Herausforderungen“.

Der Mitarbeiterkreis ist äußerst eindrucksvoll, hat allerdings eine deutliche Schlagseite hin zur Philosophie und zur Politikwissenschaft, was vermutlich der Profession des Herausgebers geschuldet ist. Historiker wie Tony Claydon, Michael Hochgeschwender, Oskar Mulej und Bernd Stöver sind als Autoren eher die Ausnahme. Es überwiegt der Ansatz von Philosophie, politischer Theorie und Ideengeschichte, weshalb Akteure liberaler Politik sowie politische Parteien und Organisationen nicht behandelt werden und auch am Rande kaum Erwähnung finden. Dennoch spielt die Geschichte des Liberalismus immer wieder eine bedeutende Rolle, so selbstverständlich im Abschnitt über die historischen Perioden, aber auch zum Beispiel bei dem Hamburger Politikwissenschaftler und Historiker Jens Hacke in seinen Artikeln zum „Nationalismus“ und zur „Zwischenkriegszeit“.

Der Liberalismus, das stellt der Band apodiktisch fest, sei ein Projekt des Westens. Hier sei er entstanden, dessen Denken und Politik habe er geprägt, aber zugleich habe er von dort auch den Rest der Welt beeinflusst. So kommen denn die 21 „Klassiker“, zu denen auch fünf Frauen zählen, fast ausschließlich aus den Kernländern England, Frankreich, USA und Deutschland. Aus dem Westen – mit einem Schwerpunkt in der Schweiz und Österreich – stammen im Übrigen auch die Autorinnen und Autoren. Hier hätte eine weniger eurozentrische Sicht „von außen“ ganz sicher einen interessanten alternativen Akzent setzen können. Die meisten Beiträge sind auf Deutsch geschrieben, einige ins Deutsche übersetzt; englischsprachige bilden die Ausnahme. Die behandelten Klassiker des Liberalismus reichen von John Locke bis Martha Nussbaum und decken damit alle Jahrhunderte recht gleichmäßig ab. Bei den „Prinzipien und Werten“ ist festzustellen, dass Partizipation und Emanzipation offenbar innerhalb anderer Stichworte wie „Frauenrechte“ abgehandelt werden, aber sich doch keineswegs darin erschöpfen und deshalb eigene Artikel verdient gehabt hätten. Bei den historischen Perioden überrascht vielleicht zunächst der Beitrag des Bonner Philosophen Simon Weber über die „griechischen Wurzeln“, doch macht dies durchaus Sinn, wenn man daran denkt, wie oft Althistoriker schließlich von der attischen Demokratie schreiben. Aristoteles und Platon ist demgegenüber kein eigener Artikel gewidmet.

Zwar zielt das Handbuch nicht auf Vollständigkeit, dennoch seien wenigstens einige Themen genannt, die der Rezensent vermisst hat: So gibt es im ersten Teil keine Artikel zu Max Weber oder Ralf Dahrendorf, im zweiten Abschnitt fehlen „Prinzipien“ wie Gewaltenteilung, Repräsentation, Verantwortung oder Eigentum, aber auch das Stichwort „Religion“. Bei den „Konkurrenten“ hätte man sich Ausführungen zur Demokratie (jedenfalls für das 19. Jahrhundert), aber auch zum Faschismus/Nationalsozialismus gewünscht; bei den „Varianten“ wäre aus aktueller Sicht ein Beitrag zum „feministischen Liberalismus“ in Frage gekommen; bei den „Ereignissen“ ist die Lücke der Revolutionen von 1848/49 erklärungsbedürftig, und bei den Herausforderungen geht es zwar ganz aktuell um das Thema „Pandemien“, aber die Finanzkrisen werden nicht behandelt. Dass ein Krieg in Europa neue Herausforderungen mit sich bringt, war beim Erscheinen des Bandes allerdings noch nicht absehbar.

Insgesamt handelt es sich um eine sehr verdienstvolle Publikation, denn es gibt derzeit nichts Vergleichbares. Vielleicht in die Nähe kommt der Sammelband „The Cambridge Companion to Liberalism“, den der US-amerikanische Philosoph Steven Wall 2015 herausgegeben hat. Denn hier wird ähnlich wie in Festls Konzept „historical perspectives“, „normative foundations“, „topics and concepts“ sowie „challenges“ nachgegangen. In Deutschland dagegen muss man nach wie vor einen Mangel an Überblickswerken zum Liberalismus beklagen, wie dies auch Festl einleitend feststellt.¹

Der Herausgeber Festl bekennt offen, dass ihm der Liberalismus „bis vor einigen Jahren [...] ziemlich egal“ gewesen sei, weil er „politisch [...] ganz gut ohne ihn zurechtgekommen“ sei (S. IX). Nun

¹ So auch konstatiert in Ewald Grothe, Jürgen Frölich und Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Liberalismus-Forschung nach 25 Jahren. Bilanz und Perspektiven, Baden-Baden 2016.

nimmt er ihn offenbar ernst und schätzt ihn bedeutend genug ein, um dieses Handbuch zusammenzustellen. Und er geht noch einen Schritt weiter, denn den Band durchzieht insgesamt ein tendenziell optimistisches Bild. Er schicke sich vielmehr an, teilt Festl mit, den Liberalismus „gegen die Gebildeten unter seinen Verächtern zu verteidigen“ (S. X). Angesichts der aktuellen Herausforderungen werde „der Liberalismus so schnell nicht arbeitslos“. „Ein Ende seiner Geschichte ist jedenfalls nicht in Sicht“ (S. IX). Deshalb ist es auch aus Sicht des Rezensenten zu begrüßen, wenn die historische, politikwissenschaftliche und philosophische Liberalismus-Forschung weiter belebt werden könnte. Dazu hält ein solcher Band viele Anregungen bereit.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Karsten Fischer / Sebastian Huhnholz (Hrsg.): Liberalismus. Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2019 (= Schriftenreihe der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, Band 37), 412 S., ISBN: 978-3-8487-3907-3

Der hier anzuzeigende Tagungsband resultiert aus einer mit Mitteln der Fritz-Thyssen-Stiftung finanzierten Konferenz an der Universität München, die im März 2016 stattgefunden hat. Dass die Publikation auch sechs Jahre danach für den Liberalismusforscher jeglicher Provenienz noch Relevanz und Spannung bietet, mag einleitend in zweierlei Hinsicht interpretiert werden. Zum einen verändern sich die Forschungsstände zu liberaler politischer Theorie und politischer Philosophie über begrenzte Zeitläufte nicht in so galoppierendem Tempo, wie es uns die sich nahezu lawinenartig wandelnden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in akuten Krisenzeiten – wie den gegenwärtigen – eventuell suggerieren mögen. Die politikwissenschaftliche und insbesondere philosophische Sicht auf Grundfragen des Liberalismus und vor allem auf die ihm zuteilwerdende, überbordende Kritik schafft erfreuliche Distanz von den Alltagsbefindlichkeiten, konzentriert sich auf die großen Linien politischen und gesellschaftlichen Wandels und die fortdauernde exorbitante Bedeutung liberalen Denkens für diese Wandlungsprozesse.



Zum anderen lässt der hier konstatierte hohe Grad an Abstraktion von aktuellen gesellschaftlichen Diskursen (mit Ausnahme der Feminismus-Diskussion), das bisweilen „kleinteilige“ Arbeiten an philosophischen Quellentexten mit dem zum Teil intendierten, doch kaum erreichten „Gegenwartsbezug“ leider vermuten, dass die Konferenzergebnisse in den Zirkeln der akademischen Forschung (und Lehre) verbleiben werden. Der andernorts emphatisch konstatierte „Kosmos von Antwortmöglichkeiten und Anschlussfragen im Kopf“ (André Häger), den die von den Herausgebern Fischer und Huhnholz organisierte Tagung bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern evoziert habe, wird sich so allenfalls im Kreise akademischer Spezialisten entfalten.

In 16 Beiträgen, die jeweils von einem ausführlichen Literaturverzeichnis begleitet werden und in zwei nicht zwingend erscheinende Sektionen („Ideengeschichtliche Traditionsbestände“ und „Gegenwärtige Kontroversen“) gegliedert sind, wird eine Fülle von Themenfeldern angerissen, die hier nur beispielhaft illustriert werden können. Vorangestellt ist eine nützliche und streitbare Einleitung der Herausgeber, die – geradezu resignierend – feststellen müssen, dass der Liberalismus heute „zur beinahe beliebigen Projektionsfläche eines vielschichtigen Unbehagens an den Dynamiken der Moderne avanciert“ sei (S. 10). Man diagnostiziert zwar ein „langes Sündenregister“, das man allerdings durch das Eingeständnis der „dunklen Seiten“ des Liberalismus („Komplizenschaft mit dem historischen Kolonialismus“, „rassistische Verstrickungen“ – so bei Locke oder Kant –, mangelnde „Unterscheidbarkeit vom so genannten Neoliberalismus“, S. 11f.) weiter anreichert. Die Herausgeber formulieren ihr Forschungsinteresse – im Anschluss an Jens

Hacke – wie folgt: Wenn man den „Liberalismus nicht als Ideologiedinosaurier, sondern als treibende ideelle Kraft der liberalen Demokratie“ auffassen wolle, so seien aktuelle politische und gesellschaftliche Krisen immer wieder „unter dem Aspekt einer Transformation und stetigen Neujustierung liberaler Theoriebildung“ zu reflektieren (S. 15). Diesem Credo scheinen einige, nicht alle Autoren des Tagungsbandes verpflichtet.

Harald Bluhm untersucht die „Neubestimmungen“ von Liberalismus und Freiheit bei Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill und Karl Marx und konstatiert, dass alle drei „Reformulierungen“ auf ihre Art aktuell geblieben seien, sei es als „Reservoir zur Kritik am schlicht-ökonomischen (Neo-)Liberalismus“ oder als Ansatz für eine Fundamentalkritik an Marktgesellschaft und Liberalismus, die allerdings zumeist der Marx' schen Ideologiekritik an der „Abstraktheit politischer Sprache“ entbehre (S. 44). Thomas Biebricher fordert die entschiedene Abkehr von der – mit polemischen Zielsetzungen verbundenen – Stigmatisierung des Neoliberalismus als „Unwort“ und Kampfbegriff. Für ihn nimmt der Vorwurf des „Ökonomismus“ an das „marktzentrierte Denken“ des Neoliberalismus die „Originalität“ neoliberalen Denkens nicht zur Kenntnis, das ja gerade über die Ökonomie hinaus auf die Beschäftigung mit Politik und politischer Theorie verweise. Allerdings hegt Biebricher kaum Zweifel, dass die politischen Kosten, die die Schaffung politisch-gesellschaftlicher Bedingungen zur Ermöglichung des Marktes verursachen könnten (Stichworte: Entdemokratisierung, autoritärer Staat) als „zentraler Einspruch gegen neoliberale Projekte apostrophiert werden könnten“ (S. 187). Hans Vorländer versetzt dem liberalen Vertrauen in den Konstitutionalismus einen gehörigen Dämpfer: Das „Narrativ vom Triumph des Konstitutionalismus“ sei „eine zu schöne Autosuggestion der Freunde der Verfassung“. Der „Hype“ der Nachwende-Periode der 1990er Jahre habe übersehen, dass dem liberalen Konstitutionalismus von Beginn an ein „labiles, störungsanfälliges Geflecht von institutionellen, prozeduralen, soziomoralischen und kulturellen Vorkehrungen und Annahmen eingeschrieben war“ (S. 48). Vorländer sieht die virulenten Gefahren für den liberalen Verfassungsstaat in der Gegenwart nicht nur von unzureichend legitimierten supra- und transnationalen Regimes oder global agierenden Akteuren der Finanz-, Digital- und Güterwirtschaft ausgehen. Noch bedrohlicher erscheinen ihm der „Nationalpopulismus“ und der „Vulgärdemokratismus“, die die Zielsetzung verfolgten, den Verfassungsstaat plebiszitär-autokratisch zu überformen und so letztlich zu zerstören (S. 65ff.).

Matthias Hansl verfolgt kenntnisreich die konvergierende Entwicklung zweier „unwahrscheinlicher Weggefährten“ über mehr als vier Jahrzehnte ihrer intellektuellen Vita und des von ihnen maßgeblich geprägten intellektuellen Diskurses. Ralf Dahrendorf, der „einsame Liberale“, der die „Zweckheirat zwischen intellektuellem Neokonservatismus und Thatcherismus“ mit Grauen verfolgt habe (S. 142), sei sich der Bedeutung des Rechtsstaates zunehmend bewusst geworden, während sein früherer Antipode Jürgen Habermas sich vom „hegelmarxistischen Radikaldemokraten“ zum „liberalen Radikaldemokraten“ gewandelt habe (S. 145). Zweifellos hat weder der „Sieg“ des einen oder des anderen die konstatierte Annäherung evoziert; vielmehr sind es die neuen, ungeahnten Herausforderungen für den liberalen Verfassungsstaat und die Demokratie, die so wenig übriglassen von jenem optimistischen Zeitgeist der 1960er Jahre, unter dessen Fittichen die Jungstars der deutschen Soziologie und politischen Theorie sich dereinst in offener „intellektueller Feldschlacht“ gestählt hatten.

Jens Hacke liefert sicher ein inhaltliches Glanzstück des Tagungsbandes, das quasi als Handreichung in die Aktenmappe jedes liberalen Akteurs, ja jedes Liberalen gehört. Der Autor zeigt sehr anschaulich und quellenorientiert, wie sich der Liberalismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert in Deutschland allmählich und zunächst vielfach zögerlich mit der Demokratie arrangiert, um dann in der zugespitzten Konfliktlage der Weimarer Republik und vor allem aufgrund der Umstände ihres Untergangs zu realisieren, dass Liberalismus, Demokratie und

Rechtsstaat unverzichtbare Teile eines großen Ganzen sind, das es gegen alle Feinde von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen gilt – im Jahre 2022 übrigens ebenso wie vor oder nach 1933.

Auch wenn man nicht jede der Hacke'schen Interpretationslinien goutieren muss – so die verzerrende und vereinfachte Perspektive vom vermeintlich „sozialdemokratischen“ Charakter des US-amerikanischen „Liberalismus“ oder die Gegenüberstellung von „Bürgerlichem Liberalismus“ und „Bürgerlicher Demokratie“ (Max Weber und Hugo Preuß), letzteres ein spätes Relikt der DDR-historiographischen Befassung mit dem Liberalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts –, so zeichnet Hacke doch mit wenigen Federstrichen, wie die „liberale Lernerfahrung“ der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Liberalismus und sein gesellschaftliches Wirken über Parteigrenzen hinaus bis in die Gegenwart prägt.

Hacke benennt für den nach 1989 in die Krise geratenen Liberalismus vier Lehren, die aus der Weimarer Erfahrung zu ziehen seien: Spannungsfelder seien „konstitutiv für liberales Denken“, das sich „nur als Ganzheit konkurrierender Liberalismen begreifen“ lasse – eine schallende Ohrfeige also für das törichte Wort vom „Liberalismus ohne Attribute“. Der Liberalismus könne nicht „auf eine ökonomische Doktrin verengt“ werden. Er trete für die offene Gesellschaft ein, in der das Individuum zur Nutzung seiner persönlichen Freiheitsräume befähigt werde. Identitäre Demokratiekonzepte seien „notwendig freiheitseinschränkend“; nur eine „repräsentative und liberale Demokratie“ sei praktikabel (S. 113 f.).

Auch die übrigen Beiträge des Tagungsbandes bieten eine Fülle von kritischen Aspekten zu liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, geleitet zumeist von einer Grundhaltung, die dem Liberalismus trotz dessen konstatierter Mängel und inneren Widersprüchlichkeiten seine übertragende Bedeutung für die Moderne konzidiert oder Facetten des „langen Sündenregisters“ des Liberalismus antönt. Aus dieser Liberalismus-kritischen Phalanx fällt lediglich Hauke Brunkhorsts – in Sprachduktus und Argumentationsweise eher feuilletonistisch daherkommender – Beitrag zum „Autoritären Liberalismus“ heraus, der bei ihm zur eigentlichen „real existierenden“ Form des Liberalismus missrät. Vielleicht wollten die Herausgeber mit diesem Beitrag belegen, dass antiliberaler Liberalismus-Kritik noch immer (oder wieder?) einen gewichtigen Platz im Konzert zum Abgesang der liberalen Demokratie beansprucht – auch wenn dieser heutzutage (besonders lautstark und gelegentlich die klare Sicht vernebelnd) von Nationalpopulisten verschiedener Couleur angeführt zu werden scheint.

Getrübt wird die positive inhaltliche Bewertung dieser Publikation lediglich durch die Fülle unbeachtet gebliebener Druck- und sonstiger Fehler, selbst bei Autorennamen des Sammelbandes und Verfasserinnen in den Literaturverzeichnissen, zum Teil sogar mit sinnentstellendem Gehalt. Hier hätte man dem Publikationsteam eine glücklichere, vor allem gründlichere Hand gewünscht.

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit





Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Alfons Söllner: ad Hannah Arendt. Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.

Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 2021, 136 S., ISBN: 978-3-86393-117-9

Hannah Arendt ist zweifelsohne eine der wirkmächtigsten Philosophen des 20. Jahrhunderts. Mit ihrem zunächst 1951 auf Englisch und dann 1955 auf Deutsch erschienenen Hauptwerk „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ setzte die deutsch-jüdisch-amerikanische Wissenschaftlerin deutliche Akzente in der Totalitarismusforschung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Bankrotterklärung totalitärer sozialistischer Systeme schien für viele der Sieg und die Überlegenheit liberaler, demokratischer Modelle offensichtlich und das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) gekommen. Doch inzwischen wurde die Welt eines Besseren belehrt. Die Saat des Totalitarismus war keinesfalls vernichtet. Vielmehr erheben etatistische Allmachtsphantasien nach globaler Steuerung wieder ihr Haupt – ganz offensichtlich in Form totalitärer Systeme wie in China, aber auch in Form eines vorgeblich wohlmeinenden Paternalismus globaler „Reset“-Ideen.



Insofern lohnt es, sich weiter mit den Ideen Hannah Arendts zu beschäftigen, so wie es Alfons Söllner in seinem neuen Buch macht. Der bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2012 an der Universität Chemnitz lehrende Politikwissenschaftler ist ein ausgewiesener Experte der Materie. Als Schüler des renommierten Extremismusforschers Kurt Sontheimer geht Söllner über dessen Forschung hinaus. Er ist ein ausgesprochener Kenner der deutschen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts im allgemeinen und der deutschen Emigration im besonderen. Insofern ließe sich kaum ein besserer Autor finden, um einige Schlaglichter auf das Leben Hannah Arendts zu werfen.

Das vorliegende Buch ist dabei nicht als umfassende Betrachtung von Arendts Leben und Werk zu verstehen. Vielmehr ist es eine Zusammenstellung von drei längeren Aufsätzen des Autors. Ziel ist es, auf diese Weise einen Zugang zu Hannah Arendt zu erhalten, was freilich nicht die Lektüre ihrer Veröffentlichungen ersetzen kann. Das Buch sollte insofern als eine Art „Appetizer“ gelten, auch wenn Söllners Zielgruppe eher die (vor)gebildeten Leser sind als die breite Masse. Denn es ist nicht immer leicht zu lesen, teils gibt es auch Wiederholungen, was der Tatsache geschuldet ist, dass es sich um drei unabhängig voneinander geschriebene Aufsätze handelt. Dies tut der Sache jedoch keinen Abbruch und ändert auch nichts an der hohen Qualität des Buches.

Der erste Aufsatz „Adieu, la France? – Frankreich im Frühwerk von Hannah Arendt“ widmet sich dem Pariser Exil der Philosophin von 1933 bis 1941 sowie dessen Einflüssen auf ihr Totalitarismus-Buch von 1951. In der Arendt-Forschung ist bislang ihre Pariser Zeit wenig gewürdigt worden. Dennoch kennzeichnete diese „Mischung aus privaten Freundeskreisen und intellektueller

Halböffentlichkeit“ (S. 19) das Milieu, in dem sich Hannah Arendt bewegte und welches sie persönlich und intellektuell prägte. Freilich blieben ihre politischen Neigungen „eher praktischer als theoretischer Natur“, wie Söllner schreibt (S. 23). Doch gibt es wesentliche Motive, die sich später auch in Arendts Totalitarismuskonzeption wiederfinden, darunter den Antisemitismus in der Sozialgeschichte. Nach ihrer dramatischen Flucht bzw. Übersiedlung nach New York nahmen die französischen Erfahrungen neben der spezifisch französischen Ideengeschichte (Nation, Republik und deren Niedergang mit dem ersten Kulminationspunkt der Dreyfus-Affäre) zwar nicht eine entscheidende, aber zumindest eine wichtige Rolle ein. Für Arendt blieb der französische Nationalstaat „Maßstab der europäischen Geschichte“ (S. 59) mit all seinen Irrungen und Wirrungen, was in einer „absteigenden Sympathiekurve“ (S. 60) gegenüber Frankreich endete.

In seinem zweiten Aufsatz „Hannah Arendts Totalitarismus-Buch im Kontext der zeitgenössischen Debatte“ taucht der Autor tief in sein Spezialgebiet der Ideenwelt der Immigranten ein. Ziel ist es, im direkten Vergleich mit anderen großen Werken aus Emigrantenfeder die philosophische Eigenart von Arendts opus magnum zu erkunden. Dabei geht Söllner davon aus, dass man den Entstehungskontext ihres Buches nur aus dreierlei Sicht verstehen kann: (i) in der Einbettung in die gesamte politisch-wissenschaftliche Emigration aus Hitler-Deutschland, (ii) in dessen besonderem und einzigartigem Platz innerhalb dieser emigrantischen Gedankenwelt und (iii) letztlich in der Wirkmacht des Buches für das politische Denken der Nachkriegszeit (S. 73). Interessant ist dabei vor allem die Entwicklung von der Faschismus-/Nationalsozialismus-Debatte der 30er und 40er Jahre hin zur Totalitarismustheorie der 50er Jahre. Dennoch bleibt bei Arendt auch weiterhin die starke Konzentration auf das NS-Unrechtsregime bestehen.

Bemerkenswert ist auch Söllners Vergleich des Arendt-Buchs mit Franz Neumanns Werk „Behemoth“ (1942)¹ und dessen Idee von den vier Säulen der nationalsozialistischen Macht (Partei, Ministerialbürokratie, Armee und Wirtschaftsführung). Neumann sah die Masse der Bevölkerung als eher passiv und machtlos, nicht aber als teils bereitwillige Unterstützer des Regimes, die durch „Lohndumping und Sklavenarbeit“ (S. 87) nur ausgebeutet würden. In der neueren Forschung ist man hier weiter.² Doch auch andere Autoren der Emigration wie Ernst Fraenkel, Sigmund Neumann und Carl Joachim Friedrich werden einbezogen. In dieses intellektuelle Umfeld fügt Söllner die Ansichten Hannah Arendts ein, die sich als aufsteigender Stern während der frühen 50er Jahre in diese Debatten einmischte. Wichtig seien dabei folgende Aspekte: (i) die „Singularität und Novität des Totalitarismus“ (S. 98), (ii) dessen „Gesamtdeutung aus dem Geist der deutschen Existentialphilosophie“ (S. 102) sowie (iii) der „sachliche Nutzen der ‚philosophischen Übertreibung‘ für die Totalitarismusanalyse“ (S. 104). Nachdenklich schließt Söllner seinen Aufsatz mit den Worten: „So kindisch und schief es zumal in Deutschland wäre, eine rückwirkende Konkurrenz zwischen den Autoritäten des Zeitgeschichtsbewusstseins zu eröffnen, so provokant – und nicht etwa pietätslos – ist die Überlegung, ob Hannah Arendt die inflationäre Gedächtnispolitik, die sich an die Metapher von der ‚Singularität des Holocaust‘ geheftet hat, mitgetragen hätte“ (S. 107).

Der letzte Artikel mit dem sperrigen Titel „Wollte Hannah Arendt wirklich ein Marx-Buch schreiben? Vom Totalitarismusbuch zu ‚Vita Activa‘“ widmet sich ihrer 1958 zunächst in den USA und dann 1960 in Deutschland erschienenen Sammlung von Essays (1951-1954) sowie deren Umsetzung als Gesamtwerk. Die Antwort darauf fällt nicht eindeutig aus, zumal sich Arendt nur am Rande mit Karl Marx beschäftigte und vielmehr antike Klassiker als Fundierung genommen hatte.

¹ Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944. Aktualisierte Neuausgabe, hrsg. von Alfons Söllner u. Michael Wildt. Hamburg 2018.

² Verwiesen sei hier nur auf Rainer Zitelmanns wegweisende Studie „Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs“ (Hamburg 1987), in dem minutiös und geradezu detailversessen Hitlers sozialistische und populistische Politik beschrieben wird, die weit entfernt von einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Organisation gewesen sei.

Insgesamt hinterlässt das Buch einen passablen, lesbaren Eindruck. Söllner gelingt es, aus verschiedenen Phasen des Lebens von Hannah Arendt ein in sich stimmiges Buch zu verfassen, welches das Interesse weckt, mehr von der Autorin zu lesen und sich zu fragen, wie sich die Totalitarismusforschung aktuell darstellt.

Hanoi/Vietnam

Andreas Stoffers



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

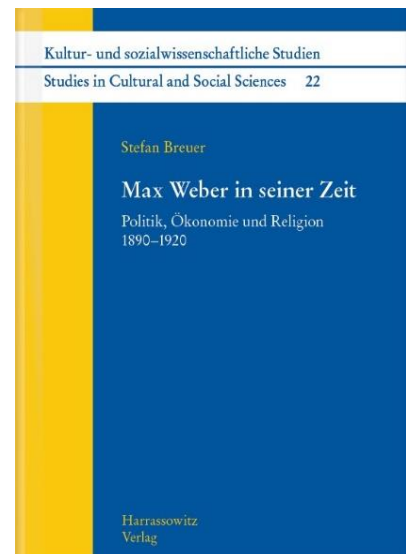


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Stefan Breuer: Max Weber in seiner Zeit. Politik, Ökonomie und Religion 1890-1920.

Wiesbaden: Harrassowitz, 2022 (= Kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Band 22), XII, 447 S., ISBN: 978-3-447-11764-7

Der früher Soziologie in Hamburg lehrende Verfasser gilt als hervorragender Kenner der deutschen Geistes- und Wissenschaftsgeschichte der Zeit um 1900 und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; bekannt sind seine Studien zu Stefan George und Carl Schmitt sowie zum Denken des deutschen Konservatismus und Nationalismus. Breuer geht es in seinen neueren Veröffentlichungen vor allem um Kontextualisierung und Historisierung bestimmter, seinerzeit als umstürzend und grundlegend geltender Thesen und Denkresultate bedeutender Autoren. Diese Methode hat sich bereits bei Schmitt bewährt; nun wendet er sie auf Weber an, mit dem er sich in verschiedenen älteren Studien bereits seit Jahrzehnten befasst hat. Damit lässt er frühere Frontstellungen der älteren Weber-Deutung zurück, die etwa um die Frage kreisten, ob Weber in erster Linie liberaler Demokrat (so etwa Karl Jaspers, Eduard Baumgarten, Reinhard Bendix) oder nicht doch zuerst ein wilhelminischer Nationalist und Machtrealist mit explizit oder implizit nietzscheanischem Hintergrund (so etwa Wolfgang J. Mommsen und Wilhelm Hennis) gewesen sei. Weber war, so das hier schon vorwegzunehmende Resultat der Analysen Breuers, natürlich beides, denn ein national grundierter freiheitlicher Liberalismus und eine konsequent machtsstaatlich fundierte politische Haltung schlossen sich um und nach 1900 keineswegs aus – im Gegenteil.



In fünfzehn einzelnen Beiträgen mit teilweise sehr unterschiedlicher Thematik (einige davon bereits früher veröffentlicht) nähert sich der Verfasser seinem Gegenstand an: Die Straßburger Verwandtschaft der Baumgartens wird hier im Anschluss an die bekannten Studien von Günther Roth ebenso reflektiert wie Webers frühe ökonomische und agrarpolitische Thesenbildungen im Kontext von Theodor Mommsen und Karl Rodbertus. Der Protestantismus kommt mit einem Kapitel über die „Evangelisch-soziale Bewegung“ ins Spiel, der Nationalismus mit einem Kapitel über Webers – zeitweilige – Mitgliedschaft im Alldeutschen Verband. Ökonomie und Soziologie im Werk des späteren, nach seiner schweren Gesundheitskrise wieder genesenen Weber werden in weiteren Studien näher beleuchtet: so etwa das spannungs- und anregungsreiche, gelegentlich auch sehr distanzierte Verhältnis Webers zu seinen beiden – ihm zeitweilig nahestehenden, jedoch sehr unterschiedlichen – Zeitgenossen und Kollegen Werner Sombart und Robert Michels.

Die seinerzeit vieldiskutierte „Weltreichslehre“ wird in den Betrachtungen über „Neomerkantilismus“ und Imperialismus weiter vertieft – freilich ohne hier die Ausprägungen und frühen Bemerkungen zu den imperialen Weltreichen von Gustav Schmoller und Adolph Wagner angemessen zu berücksichtigen, die beide um 1900 als erste – noch vor Weber – in diesem Sinne argumen-

tiert haben. Man darf sicher davon ausgehen, dass deren einschlägige Äußerungen hierzu Weber damals bekannt waren. Immerhin schwingt noch Jahre später in seinen Kriegsschriften etwas von den früheren Befürchtungen einer angelsächsisch-russischen Welt dominanz mit, so etwa, wenn er 1916 in dem Artikel „Deutschland unter den europäischen Weltmächten“ anmerkt, die Hauptaufgabe der deutschen Politik bestehe nicht zuletzt in der Verhinderung einer künftigen Weltordnung, in der es nichts anderes „mehr geben würde als die angelsächsische Konvention und die russische Bürokratie“.

Die letzten fünf Abhandlungen sind ausschließlich dem Problem der Religion gewidmet: zuerst Webers „Religionssystematik“, sodann dem Verhältnis Webers zu Oswald Spenglers Konstrukt einer arabischen „Magischen Kultur“ in dessen „Untergang des Abendlandes“ (1918/22) sowie zu Erwin Rohdes Arbeiten zur antiken Religionsgeschichte und zur schon mehrfach ausgeleuchteten, später zerbrochenen „Fachmenschenfreundschaft“ zwischen Weber und Ernst Troeltsch. In diesen Kapiteln wird sicher nicht immer Neues oder gar Originelles geboten – wohl aber in den beiden interessantesten Texten des Bandes, den zwei „Zwischenbetrachtungen“ zu „Nation und Nationalismus“ sowie zu Weber und den „Ausgänge[n] des Liberalismus in Deutschland“.

Die oft unternommenen Versuche meist „liberaler“ Weber-Deuter oder -Adepten, Webers Nationalismus herunterzureden oder zu relativieren, lehnt Breuer zu Recht entschieden ab. Er betont, dass Weber in dieser Hinsicht – auch wenn seine zeitweilige Mitgliedschaft im Alldeutschen Verband nicht überschätzt werden sollte – von den Ideen der deutschen Historiker der Reichsgründungszeit, Johann Gustav Droysen, Heinrich von Sybel, Heinrich von Treitschke und nicht zuletzt von seinem Onkel Hermann Baumgarten, tief geprägt war. Das Reich hatte, so Weber, einst nur auf dem Wege machtbewusster Realpolitik gegründet und ebenfalls nur auf diese Weise erhalten werden können; es musste sich, um in der Zukunft in noch ungünstigeren internationalen Verhältnissen zu überleben, auch weiterhin zuerst und vor allem als Machtstaat behaupten.

Die Idee, es sei darüber hinaus Deutschlands Aufgabe, die kleineren Mächte vor dem imperialen Anspruch jener kommenden „Weltreiche“ zu schützen, die Weber ebenfalls im Ersten Weltkrieg formulierte, stammt – hier ist Breuer noch einmal zu korrigieren – ebenfalls nicht von Weber, sondern von Schmoller und vor allem von Wagner. Freilich verkannte Weber durchaus nicht, wie der Autor hier zu Recht feststellt, dass es den Deutschen seit 1871 nur sehr unzureichend gelungen war, zu einem „politisch reifen“ Volk mit einer auch nach Bismarcks Abgang konsequent realpolitisch agierenden Führungsschicht zu werden; das Bürgertum blieb nach seiner Diagnose vorrangig am eigenen Aufstieg interessiert, der Adel am materiellen Überleben, am „Obenbleiben“, die Intellektuellen erwiesen sich als bloße politische Schwärmer und „Tintenfassromantiker“, die Proletarier und ihre Anführer als überwiegend politisch unreif. So blieb Weber am Ende seines Lebens, im Chaos von 1919/20, nichts anderes mehr übrig als ein zutiefst „frustrierter Nationalismus“.

Um Max Webers Stellung zum Liberalismus zu verstehen, dem er häufig in etwas unkritischer Weise zugerechnet wird, muss man in stärkerem Maße, als dies bisher oft getan wurde, die jeweiligen Kontexte in den Blick nehmen und ebenfalls die Unterschiede zwischen dem frühen und dem späten Weber eingehender berücksichtigen. Wie Breuer überzeugend nachweisen kann, schwankte Weber lange zwischen dem Nationalliberalismus seines Vaters Max Weber sen. und seines Onkels Hermann Baumgarten, der nach der Wende von 1866 durch seine Schrift „Der deutsche Liberalismus – Eine Selbstkritik“ sehr bekannt geworden war, und neueren Ausformungen liberalen Denkens. Die seinerzeit von Baumgarten erstmals formulierten Grundsätze eines neuen, sich Bismarck und den gemäßigten Konservativen annähernden Nationalliberalismus hat auch der junge Weber lange geteilt, bevor er sich nach der Wende zum 20. Jahrhundert von den traditionellen Positionen deutlich zu entfernen begann, etwa indem er das von der National-

liberalen Partei geforderte Pluralwahlrecht strikt ablehnte. Gleichzeitig erwies sich Weber keineswegs als grundsätzlicher Gegner einer staatlichen Sozialpolitik, die damals wiederum von den Nationalliberalen kritisiert wurde.

Und während des Weltkrieges trat er entschieden für eine Verfassungsreform und für die baldmögliche Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts ein. Insofern überzeugt Breuers Kritik an der einst von Wolfgang J. Mommsen in seiner bekannten Dissertation über Weber und die deutsche Politik (Tübingen 1959) vertretenen These, auch der spätere Weber habe sich in erster Linie als Erbe der Nationalliberalen gefühlt. Dennoch entpuppte er sich, trotz seiner zeitweiligen Mitarbeit in der DDP um 1918/19, auch nicht als genuiner Linksliberaler. Weber hat, darin besteht das Fazit von Breuers Analysen, im Grunde die Widersprüche in seinen politischen Stellungnahmen „bewußt stehen gelassen“, ohne sie abschließend zu klären. Ob Weber dies – wäre ihm sein plötzlicher und vorzeitiger Tod erspart geblieben – später noch getan hätte, muss Spekulation bleiben.

Passau

Hans-Christof Kraus



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Ernst Troeltsch: Briefe IV (1915 – 1918).

Hrsg. v. Friedrich Wilhelm Graf, zus. mit Harald Haury. Berlin/Boston: De Gruyter, 2018 (= Kritische Gesamtausgabe, Bd. 21), XV, 611 S., ISBN: 978-3-11-058124-9

Ernst Troeltsch: Briefe V (1918 – 1923).

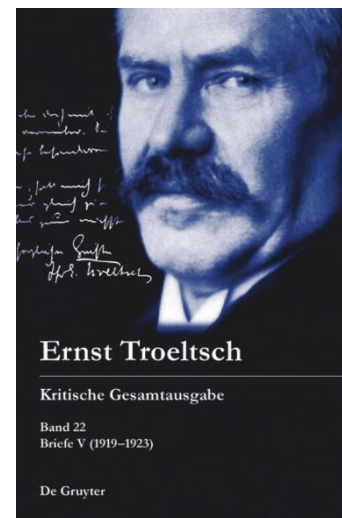
Hrsg. v. Friedrich Wilhelm Graf, zus. mit Harald Haury. Berlin/Boston: De Gruyter, 2020 (= Kritische Gesamtausgabe, Bd. 22), XVII, 615 S., ISBN: 978-3-11-067741-6

Die beiden Bände schließen die insgesamt fünf Bände umfassende Briefabteilung der Kritischen Troeltsch-Gesamtausgabe ab. Insgesamt handelt es sich um eine große wissenschaftliche und editorische Leistung. Die nunmehr eröffnete Kenntnis des Korrespondenzwerkes gibt allen biographischen Bemühungen um Ernst Troeltsch einen ganz neuen Boden. Sie stellt sein fachlich-wissenschaftliches Wirken in einen bisher noch zu wenig bewussten lebensweltlichen, und das heißt wirklichkeitsnahen, Zusammenhang. Dies ist im Falle Troeltschs besonders wichtig, war ihm doch Wirklichkeitsnähe zeit-lebens eine der zentralen Kategorien für sein theologisches, philosophisches und kulturpolitisches Schaffen.

Bedenkt man die ungünstige Überlieferungslage, so beeindruckt schlicht schon die Menge an dennoch aufgefundenem Briefmaterial aus den Berliner Jahren. Die Mühe, auch die gewiss nicht seltenen Enttäuschungen, die mit der Suche verbunden gewesen sein dürften, mag man sich gar nicht vorstellen. Der Band IV bietet für die Zeit von April 1915 bis zum 7. November 1918 179 Briefe und Postkarten Troeltschs sowie 45 an ihn adressierte Schreiben, der Band V für den Zeitraum vom 9. November 1918 bis zu seinem Tod am 1. Februar 1923 161 von ihm verfasste, 81 an ihn gerichtete und zwei im Auftrag des bereits todkranken Gelehrten aufgesetzte Schreiben.

Sieht man auf den Inhaltsreichtum und auch die mindestens partielle Dichte des Vorhandenen, so gibt es keinen Grund, sich weiterhin der Klage über Fehlendes hinzugeben. Nicht nur ist ja kein Nachlass im engeren Sinne erhalten, sondern gerade im Korrespondenzbereich gibt es große und zweifellos höchst bedauerliche Lücken. Was aber jetzt den fünf Bänden im ganzen (mit nahezu eintausend Briefen von und knapp halb so vielen an Troeltsch) und den beiden zur Berliner Zeit im besonderen zu entnehmen ist, will und soll erst einmal verarbeitet sein.

Der Leser wird dabei wiederum von den substanziellen editorischen Beigaben unterstützt. Der Herausgeber, Friedrich Wilhelm Graf, hat beiden Bänden umfangreiche Einleitungen vorangestellt, die Resultate seiner jahrzehntelangen Forschungen sind. An der eingehenden Kommentierung der einzelnen Briefe ist ein ganzes Team beteiligt gewesen. Besondere Anerkennung gebührt in diesem Zusammenhang den langjährigen Mitarbeitern der Münchener Troeltsch-Forschungsstelle Harald Haury und Stefan Pautler.



Im wahrsten Sinne wird in diesen Erläuterungen die zeitgenössische Wissenschaftsgeschichte lebendig. Aus der Perspektive des Tuns von Ernst Troeltsch in allen seinen Bezügen fällt helles Licht auf die akademische Philosophie, die Kultur- und Hochschulpolitik, die spezifische Berliner wissenschaftspolitische Situation und viele weitere Aspekte des intellektuellen Lebens während der acht Jahre seit 1915. Doch auch private Sachverhalte spielen eine Rolle; und gerade hier, wo man es an sich nicht erwartet, gelingen den Bearbeitern immer wieder unglaubliche Rechercheerfolge (etwa bei der Aufklärung einer Erbschaftssache: siehe den Kommentar zum Schreiben an das Amtsgericht Augsburg vom 12. November 1917).

Zum Zwecke der Kommentierung werden die Briefe in ein ganzes Netz von Sekundärüberlieferungen eingebunden. Immer wieder ist man über die Menge an einschlägigem Aktenmaterial aus Universitäts-, Verlags- und weiteren Archiven erstaunt. Daneben gehören Zeitungen, Klein- und Kleinstpublikationen sowie Korrespondenzen anderer Personen (etwa Marianne Webers) in den Auslegungszusammenhang. Register, Literaturverzeichnisse und Sach- und Personenverzeichnisse, letztere um die bewährten, sorgfältig erarbeiteten Biogramme bereichert, ergänzen die Bände.

Bereits die vorangegangenen Briefbände haben Troeltsch als einen durch und durch diskursiven Briefschreiber gezeigt. Trotz aller Kontroversen, an denen es seit seinen wissenschaftlichen Anfängen nicht gefehlt hatte und die ihm viel Verdruss bereitet haben, war es ihm immer auch darum gegangen, eine Verständigungsbasis mit seinen Kontrahenten zu finden. Dieses Interesse steht in deutlichem Gegensatz zum Verhalten etlicher seiner Gegner. Vor allem Kollegen aus dem konservativ-lutherischen Milieu fiel es schwer, mit dem eigenwilligen Gegenüber zurechtzukommen. Und das hatte Gründe: Troeltschs Denkhorizont ging wesentlich über konventionelle Bahnen hinaus. Allem dogmatischen Christentum stand er fremd gegenüber. „Liberal“ ist Troeltsch als Theologe in erster Linie wegen dieser Distanz. Hingegen musste sich die von ihm faktisch vorgenommene und auch methodisch eingehend begründete Einbettung der theologischen Arbeit in die übergeordnete Fragestellung nach der Kulturbedeutung von Christentum und Religion – wie sie besonders in den 1912 erschienenen monumentalen „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ das Leitmotiv bildet – in der protestantischen Theologie seiner Zeit erst Resonanz verschaffen. Sozialpolitische und kulturpraktische Kontextbezüge hatten, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, wenig Resonanz. Überhaupt war es Troeltsch darum zu tun, nicht nur die Geschichtlichkeit alles Wirklichen, einschließlich religiöser Phänomene, in den Blick zu nehmen, sondern zugleich der Vieldeutigkeit dieser Sachverhalte gerecht zu werden. Insofern galt Troeltschs Einsatz einem kulturgeschichtlich angelegten, hermeneutisch-methodisch anspruchsvollen Modell von Theologie.

Sein Wechsel von der Heidelberger Professur auf den *ad personam* gewidmeten Lehrstuhl für Religions-, Sozial- und Geschichts-Philosophie und christliche Religionsgeschichte an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität (als Nachfolger Wilhelm Diltheys) markiert daher mehr als nur einen bedeutenden Schritt in der Karriere eines Gelehrten. Fortan galt sein wissenschaftliches Wirken der Kulturtheorie, wofür sein unvollendet gebliebenes großes Werk über den „Historismus und seine Probleme“ von 1922 steht. Dieses Projekt, begonnen 1915, begleitete ihn während der gesamten Berliner Zeit. Die Theologie aber lag – zweifellos zu deren Schaden – hinter ihm; stattdessen wurde Troeltsch zu einem der Begründer der politischen Ideengeschichte.

Die Übersiedlung nach Berlin erfolgte in den Ostertagen 1915. Die Antrittsvorlesung vom 1. Mai 1915 stellte er unter den programmatischen Titel „Kulturphilosophie und Ethik“. Troeltsch war zunächst durchaus voller Hoffnungen und Erwartungen in die nun vor ihm liegenden Jahre. Er

war stolz darauf, im Zentrum des deutschen Geisteslebens wirken zu können. Ein Zug ins Größere ist den Berliner Schriften durchaus eigentümlich. Die Briefe aus der Berliner Anfangszeit, besonders jene an die Augsburger Schwestern, machen aber auch deutlich, wie sehr der Krieg das Leben verdüstert. Der sonst so sehr hinter seinem Werk zurücktretende Troeltsch spricht hier in sehr persönlichen Tönen. Sorgen und Lasten, Kriegsfurcht und Sehnsucht nach Frieden beherrschen über lange Zeit hinweg diese und andere Briefe. „Tapferkeit ist alles, u[nd] verwundete Herzen giebt es heute zahllose. Sie müssen alle überwinden, und den schöneren Teil unseres Lebens haben wir alle hinter uns“ (14. Juni 1917).

Der primäre Gewinn dieser Briefbände besteht darin, dass hier der Religions- und Kulturtheoretiker nun einmal als Mensch, als Person aus Fleisch und Blut in Erscheinung tritt. „Endlich“ wird man sagen dürfen, denn die bisherige Troeltsch-Rezeption ist bei all ihrer Intensität und Themenbreite – anders als im Falle Max Webers – viel zu sehr auf das wissenschaftliche und kulturpolitische Wirken konzentriert gewesen. Das hatte seinen Grund sicherlich auch in der Quellenlage. Zudem gibt es für Troeltsch weder eine zeitgenössische plastische Lebensschilderung (wie Marianne Webers „Lebensbild“ für Max Weber) noch spielen, abgesehen von berufsspezifischen Daten, lebensgeschichtliche Ereignisse in diesem Gelehrten-dasein eine herausgehobene Rolle.

Umso erfreulicher ist es, dass sich nun doch auch ein anderes Bild ergibt: Der Troeltsch dieser Briefe ist ein liebevoller Vater und besorgter Ehemann; er ist eng mit seiner Familie verbunden, tritt helfend und ratend den Geschwistern zur Seite und greift ihnen auch finanziell wiederholt unter die Arme. Troeltsch war bei aller Konzentration auf seine überlastenreichen Pflichten auch ein freundschaftsfähiger, geselliger Mensch. Man glaubt in manchem Brief jenen Troeltsch zu erkennen, der Gertud von le Fort zufolge die Gabe hatte „unendlich drollig zu sein“ und „eine lustige Geschichte nach der anderen“ zu erzählen (Hälfte des Lebens, München 1965, S. 134). Einen etwas kritischeren Ton im Blick auf Troeltschs „Allempfänglichkeit“ schlägt Friedrich Meinecke an, demzufolge er „gern sozusagen auf der Tauentzienstraße des modernen Lebens spaziereng und sich begrüßen ließ“.¹

Troeltsch, der heute gerne als exemplarischer „Vernunftrepublikaner“ angesprochen wird (und sich auch wohl selbst so empfunden hat; vgl. den Brief an Rudolf Paulus vom 23. September 1919), näherte sich erst allmählich und mit Schwierigkeiten dem Konzept einer parlamentarischen Demokratie an. Noch 1916 distanzierte er sich, ausgehend von einer „deutschen Idee von der Freiheit“, vom westlichen Autonomie-Prinzip. Dieses Prinzip bilde die gedankliche Basis jener Demokratievorstellung, „die nur freie Chancen für das Geschäft verlangt“². Über Vorschläge zur Reform des Wahlrechts, entsprechend der kaiserlichen Osterbotschaft vom 7. April 1917, kam Troeltsch während der Kriegsjahre im wesentlichen nicht hinaus. Entgegensetzungen mit abwertender Intention wie diejenige von „Herrenkultur“ und „demokratischer Massenkultur“ blieben ebenso in Kraft, wie das Ideal der staatlichen Großmachtstellung (genau wie bei Max Weber und Friedrich Naumann). Zwar zeigen die Briefe, anders als die publizierten Reden und Schriften, Troeltschs wachsende Vorbehalte gegenüber den militärischen und politischen Entscheidungen, etwa der „Fronde des Herrn von Tirpitz“ (Brief an Hermann Oncken vom 26. November 1917); auch bedauerte er den Sturz Bethmann-Hollwegs infolge der Friedensinitiative des Reichstages vom Juli 1917 wenig (Brief an Elise Troeltsch vom 10. Juli 1917). Doch erst die Kriegsniederlage und der Ausbruch der Revolution führten dann zu einer Neuorientierung. Dies zeigen zahlreiche Brief in aller Deutlichkeit, wobei auch verzweifelte Töne anklingen: „Das Geheimnis ist enthüllt. Noch wird manches Schwere bevorstehen. Allein das Morden ist zu Ende,

¹ Friedrich Meinecke: Werke. Band VIII: Autobiographische Schriften, Stuttgart 1969, S. 237.

² Ernst Troeltsch: Die deutsche Idee von der Freiheit [1916]. In: Deutscher Geist und Westeuropa, Tübingen 1925, S. 80-107, hier S. 87-88.

die Illusion zerstoben, das alte System ist unter seinen Sünden zusammengebrochen“ (Brief an Gertrud von le Fort vom 11. November 1918).

Prominent in die öffentlichen politischen Debatten trat Troeltsch bereits im Dezember 1917 ein, im Zusammenhang mit der Gründung des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland“. Die damit verbundenen Aktivitäten nehmen in der Korrespondenz breiten Raum ein und bieten manche Überraschung (z.B. den Briefwechsel mit Albert Einstein). Nach dem militärischen und staatlichen Zusammenbruch beließ Troeltsch es, obwohl voller Vorbehalte gegenüber dem parlamentarischen Betrieb, nicht bei seinem publizistischen Einsatz. In der schon am 16. November 1918 (ohne Troeltschs Zutun) gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) fand er den ihm gemäßen Ort für die Mitarbeit beim Aufbau der Weimarer Republik. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung vom 26. Januar 1919 errang Troeltsch – als Spitzenkandidat der Berliner DDP, der „Liste Dr. Troeltsch“ – eines von 65 Mandaten der DDP, und als, wie er am 28. März 1919 an Adolf von Harnack schrieb, „die Regierungsbildung an den Unter-Staats-Sekretariaten“ hing, ließ er sich für das betreffende Amt im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nominieren. Er übte es vom 26. März 1919 bis zum 21. April 1921 aus und war hier vor allem mit der komplexen Materie einer herbeizuführenden Trennung von Staat und Kirche beschäftigt.

Dies alles geschah weitgehend parallel zu seiner universitären und literarisch-wissenschaftlichen Arbeit. Das Resultat war eine starke, die Gesundheit untergrabende Dauerüberlastung. Zahlreiche Briefe machen Troeltschs bedrängte Lage deutlich. Mit Hinweis auf die „beständige Überanstrengung“ sah er sich sogar genötigt, Marianne Webers Bitte abzulehnen, die Trauerfeier für Max Weber zu gestalten („Ich stecke hier gerade im Moment in einer rasenden akuten Arbeit und kämpfe für die Erhaltung der Lebensbedingungen der deutschen Wissenschaft“; Brief an Marianne Weber vom 18. Juni 1920).

Größere Teile des in den beiden Bänden edierten Materials waren bereits bekannt. Im Kontext der übrigen erhaltenen Korrespondenz lesen sich aber auch diese Stücke noch einmal anders. Einen überraschenden Fund stellen die zehn, zum Teil sehr ausführlichen Briefe an den späteren Kurzzeit-Reichskanzler Max von Baden dar, dem Troeltsch in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 eine Art politischer Berater gewesen ist. Eine durchgehende Linie bildet die Korrespondenz mit Verlagen und deren Leitern (Eugen Diederichs, Gustav Ruprecht und vor allem Paul Siebeck), den Leitern und Mitarbeitern der Universitäts- und Ministerialverwaltung sowie verschiedenen Zeitungs- und Zeitschriftenredakteuren. Um einen Eindruck vom Charakter der Korrespondenz zu vermitteln seien von den Adressaten genannt: Carl Heinrich Becker, Georg von Below, Rudolf Borchardt, Wilhelm Bousset, Martin Buber, Ernst Robert Curtius, Hans Delbrück, Hans Driesch, Benno Erdmann, Gertrud von le Fort, Theodor Haering, Adolf von Harnack, Martin Heidegger, Wilhelm Herrmann, Theodor Heuss, Paul Honigsheim, Friedrich von Hügel, Theodor Kappstein, Hermann Graf Keyserling, Gustav Krüger, Theodor Litt, Georg Lukács, Friedrich Meinecke, Eduard Meyer, Johannes Müller, Paul Natorp, Hermann Nohl, Hermann Oncken, Johannes Plenge, Martin Rade, Walter Rathenau, Erich Rothacker, Heinrich Rickert, Alois Riehl, Max Scheler, Hans von Schubert, Werner Sombart, Paul Tillich, Ferdinand Tönnies, Hans Vaihinger, Karl Vossler, Heinrich Weinelt und Paul Wernle.

Mit Troeltschs Tod am 1. Februar 1923 brach ein Lebensweg ab, der in mehrfacher Hinsicht auf Fortführung hin angelegt war. Der zweite Band des „Historismus“-Werkes „rumorte“ bereits in seinem Kopf; für den März war eine große England-Reise geplant, die ihn nach London, Oxford und ins schottische Edinburgh führen sollte. Die dort zu haltenden Vorträge („Der Historismus und seine Überwindung“) waren bereits ausgearbeitet und ins Englische übersetzt. Diese Pläne übertönten auch manche depressive Anwandlung, unter denen Troeltsch seit der Ermordung Walter Rathenaus periodisch litt (siehe dazu die angeblich auf dem Totenbett gesprochenen Worte, KGA, Bd. 22, S. 24). Eher versöhnt klingt es auch in einem der letzten Briefe, gerichtet an

den Freund Paul Wernle: „Es giebt ja immer wieder in aller Welt viele liebe u[nd] gute Menschen, von denen man Freundliches erfährt in Worten u[nd] auch in Werken. Das tröstet in dieser kalten u[nd] todten, jetzt allen Teufeln der Selbstsucht ausgelieferten Welt“ (31. Dezember 1922).

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

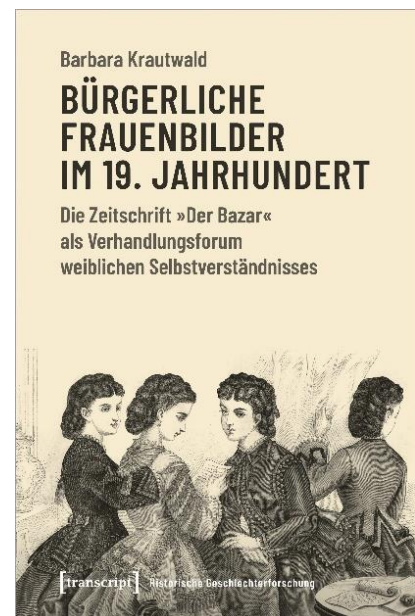


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Barbara Krautwald: Bürgerliche Frauenbilder im 19. Jahrhundert. Die Zeitschrift „Der Bazar“ als Verhandlungsforum weiblichen Selbstverständnisses.

Bielefeld: transcript, 2021 (= Historische Geschlechterforschung, Band 4), 381 S., Abb. u. Tab., ISBN: 978-3-8376-5757-9

Wer heute unter den unzähligen modernen Frauenzeitschriften die weit verbreiteten und namhaften, zum Teil auch international erscheinenden Zeitschriften wie die „Brigitte“ oder „Harper’s Bazaar“ in die Hand nimmt, ist sich nur in den wenigsten Fällen bewusst, wie weit die Geschichte ihres Vorläufers bzw. Vorbildes zurückreicht. Mit dem Postulat, als „Repository of Fashion, Pleasure and Instruction“ zu fungieren, wurde etwa „Harper’s Bazaar“ im November 1867 nach dem Vorbild der in Berlin ab 1854 herausgegebenen Zeitschrift „Bazar“ auf den Markt gebracht. Sie reihte sich in die bereits früh europaweit ausstrahlende Welle der Neuschöpfung von Zeitschriften nach deutschem Vorbild ein (S. 26 f.). Ihnen allen war und ist gemein, ein weibliches Lebensgefühl zu vermitteln. Wie weit das über Populärwissenschaftliches, „Fashion“ und „Pleasure“ hinausreicht(e) und tatsächlich als „Verhandlungsforum weiblichen Selbstverständnisses“ fungiert(e), ist bis heute dem jeweiligen Zeitgeist, aber auch den Ansprüchen und Erwartungen der jeweiligen Leserschaft geschuldet.



Mit ihrer an der RWTH Aachen als Dissertation angenommenen Arbeit geht Barbara Krautwald der Geschichte einer der frühen, als „Weltblatt“ auch international rezipierten, sprachlich und geographisch stark verbreiteten und sehr auflagenstarken Frauenzeitschriften nach (S. 53). Dem mit Handarbeits- und Schnittbögen versehenen und schon früh illustrierten Modeteil wurde bereits zu Beginn ein dezidierter belletristischer (S. 44 f.), später zunehmend populärwissenschaftlicher Teil beigelegt, der den Leserkreis weit über das ursprünglich angesprochene Klientel, die bürgerliche Frauen- und Mädchenwelt, ausdehnte. Die Zeitschrift verband so das Modejournal mit der Unterhaltung, die handwerkliche Instruktion mit moralischer und populärwissenschaftlicher Belehrung und erwies sich damit immer deutlicher – auch gemessen an ihrer Auflagenhöhe und Abonnentenzahl – nicht nur als Frauenzeitschrift, sondern auch als Familienjournal, das selbst Eingang in die aristokratische Leserschaft fand. Dass zudem Männer zur Leserschaft gehörten, zeigt sich auch an den zahlreichen Leserbriefen und Eingaben. Anders als etwa die frühen Publikationsorgane der verschiedenen Frauenbewegungen stellte sich ein solches Medium wie die Zeitschrift „Bazar“ nicht als Vernetzungsinstrument gleichgesinnter (organisierter) Frauen dar. Mit ihrer thematischen Ausrichtung auf die Lebenswelt der (bürgerlichen) Frauen und Mädchen bediente sie dagegen grundlegend ein der damaligen Zeit entsprechendes Rollenverständnis und den Rahmen der von der nachrevolutionären deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts geprägten Rollenzuweisung der Frau.

In die Zeit ihres von 1854 bis 1938 reichenden Erscheinens fielen prägende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Umwälzungen, die sich zwangsläufig auch auf die Ausrichtung und die Positionierung der Zeitschrift auswirkten. Es ist gerade diese Tatsache, die Krautwald als Untersuchungsgegenstand in Betracht zieht, in dem sie sich speziell der Frage nach dem in ihren Inhalten manifestierten (vermeintlich) idealtypischen Frauenbild der Zeitschrift widmet und dieses für den Zeitraum seit ihrem ersten Erscheinen bis zur Jahrhundertwende untersucht. Begründet wird dieser zeitliche Fokus mit der Verlagsentwicklung und der damit einhergehenden Verlagerung von Schwerpunkten, die den „Bazar“ seit 1900 nur als eine von vielen verschiedenen Periodika erscheinen ließ. Er wurde eines seiner markanten Alleinstellungsmerkmale in Bezug auf die Behandlung von Frauenthemen wie Frauenbildung und -erwerbstätigkeit zunehmend beraubt, indem der Anteil diesbezüglicher Artikel nach 1900 zurückging (S. 304). Diese von Krautwald konstatierte Veränderung hätte – gerade im Zusammenhang mit dem seit Kriegsbeginn sich abzeichnenden Wandel der Frauenbeschäftigung, der Realisierung des Frauenwahlrechts, des sich wandelnden Frauenbildes der Zwanziger Jahre und dem Aufkommen der Nationalsozialisten – sicherlich noch intensiver beleuchtet werden können.

In ihrem Untersuchungszeitraum unterscheidet die Verfasserin vier Phasen mit drei verschiedenen idealtypischen Frauenbildern, welche sich – die Mehrheitsmeinung wiedergebend – in der Zeitschrift manifestierten (S. 305). Die Phasenbildung folgt den politischen Gegebenheiten und gesellschaftlichen Veränderungen: In die erste, die Gesellschaft des sogenannten Biedermeiers prägende nachrevolutionäre Phase fällt die erste Herausgabe des „Bazar“ – mit der bürgerlichen Familien- und Geschlechterrolle sowie einem traditionell romantisierenden Bild der Frau als Hausfrau und Mutter. Die zweite Phase, nach 1865, ist gekennzeichnet durch die zunehmende Problematik der (unfreiwillig) unverheirateten, ledig bleibenden, oft auch die Familie nach dem Verlust des Hausherrn zu versorgenden Haus- bzw. Bürgertochter. Hier stellt sich dezidiert die Frage nach der notwendigen, aber gesellschaftlich verpönten Erwerbsarbeit von Frauen und Mädchen sowie die damit verbundene Frage nach einer adäquaten Ausbildung. Dieser Zeitabschnitt ging mit der sich zunehmend organisierenden (auch bürgerlichen) Frauenbewegung und der Forderung nach Mädchen- und Frauenbildung als (frauenspezifischem) Beitrag einer weiblichen Partizipation in der Gesellschaft einher. Das im „Bazar“ tradierte Frauenbild wandelte sich dabei sukzessiv zum (despektierlichen) Bild der „Emanzipierte[n]“ und des „Blaustrumpf[s]“ (S. 305), die sich rein männliche Vorrechte anzueignen „erfrechte“, die weiblichen Aufgaben ablehnte und damit die bürgerliche (Geschlechter-) Ordnung in Frage stellte. Zweifelsohne blieb dieses Bild in der Zeitschrift jedoch nicht ohne Kritik, sondern wurde vielmehr von Teilen der Leserschaft mit Vorbehalten beurteilt.

Mit den beiden letzten Phasen – etwa seit der Reichsgründung bis Ende der 1880er Jahre sowie bis zur Jahrhundertwende – ging erneut ein Paradigmenwechsel im Frauenbild einher, der mit der inneren wie äußeren Reichsgründung und dem neu gewonnenen nationalen Selbstbewusstsein sowie dem Ende der „liberalen Phase“ zusammenfiel. Das wachsende Selbstbewusstsein der Frauen, der Weg zur professionalisierten Mädchenbildung und Ausbildung weiblicher Akademiker sowie das Anwachsen der organisierten Frauenbewegung stießen dabei auf das gerade in dieser Umbruchphase gepflegte und wiedererstarkende traditionelle Frauen- und Mutterbild. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Lehren dienten dabei sowohl als Fundament für das rückwärtsgewandte, der traditionellen Geschlechterrolle verhafteten Frauenbild (Darwinismus), aber auch dem entgegengesetzten, sich neu entwickelnden Trend der ‚Moderne‘ der Jahrhundertwende, wodurch sich, wissenschaftlich fundiert, neue, weit gefächerte, sich über viele Aspekte – wie etwa Sport, Gesundheit, ernährungsphysiologische Erkenntnisse und erziehungswissenschaftliche Themen –erstreckende Aufgaben- und Agitationsfelder für Frauen ergaben. In der Herausbildung einer neuen ‚Moderne‘ auch im Geschlechterverhältnis und des neuen Typus der gebildeten, dem Mann auf Augenhöhe begegnenden Frau zeigt sich dabei ein wichtiges Moment des Fin de Siècle.

Der „Bazar“ machte sich diese idealtypischen Frauenbilder unter unterschiedlichen Aspekten zu eigen. Wenn Krautwandel dabei betont, dass die Redaktion die polaren Geschlechtercharaktere tendenziell nicht in Frage stellte, zu progressive Anschauungen und Tendenzen – wie etwa die sich auch in den Artikeln wiederfindende Behandlung der internationalen Frauenbewegung, die Betonung der Notwendigkeit der Frauenerwerbstätigkeit und der Mädchenausbildung – stets zu relativieren und traditionell zu kommentieren versuchte, so bleibt dabei allerdings ein wichtiger Punkt bei ihrer Betrachtung unberücksichtigt: Die Tatsache, dass ein großer Teil der in diesem speziellen Zusammenhang verfassten Artikel einer Autorenschaft mit progressivem Hintergrund entstammt, gerade auch in Bezug zur Frauenbewegung und -emanzipation, bleibt unbeleuchtet. Allein das Faktum ist bezeichnend, dass der sich 1866 in Berlin auf Initiative Adolf Lettes gegründete Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts, später Lette-Verein (S. 97) – in Persona des liberalen der Frauenfrage offen gegenüberstehenden Juristen, Politikers und Publizisten Franz von Holtzendorff – unmittelbar nach der Gründung und vor der Einrichtung seines eigenen Medienorgans ausdrückliche publizistische Unterstützung durch den „Bazar“ erfuhr, der für die ersten drei Jahre bis 1869 sein Sprachrohr wurde. Nicht weniger bemerkenswert ist die intensive Besprechung des 1869 erschienenen umstrittenen Buchs von John Stuart Mill „The Subjection of Women“ im „Bazar“. Jenny Hirsch übersetzte und exzerpierte dieses Werk und brachte es dort der deutschen – auch bürgerlichen und wertkonservativen – Leserschaft nahe! Mills grundlegende Kritik der ungleichen Stellung der Frau musste bzw. konnte dort durchaus als Affront gewertet werden (S. 191).

Ein genereller Kritikpunkt an Krautwalds durchaus akribisch erarbeiteter Untersuchung des Artikelbestands und seiner thematischen Ausrichtung ist, dass die zahlreichen namhaften, zum Teil gerade auch in der Frauenbewegung aktiven Autoren jeglichen Geschlechts biographisch nur wenig berücksichtigt werden. Dies hätte deren Bedeutung und ihre speziellen Stellungnahmen in den Artikeln näher bestimmt, manches Bild relativiert und damit auch die Haltung der Zeitschrift bei der Auswahl ihrer Autoren etwas stärker verdeutlicht, vielleicht auch weniger mainstreammäßig erscheinen lassen. Autorinnen wie Eliza Ichenhäuser oder Marie Harrer (Pseudonym Marie Utech) bleiben dadurch eher blass und wenig charakterisiert in ihrem frauenbewegten Wirken; ebenso Antonie Klein als Leitende Redakteurin, markante Moderedakteurin und Mitbegründerin der Zeitschrift, oder die Rolle von Margarethe Schaeffer, der ‚mitarbeitenden‘ Ehefrau des Verlegers, oder der Bazar-Autorin Luise Mühlbach. Krautwalds Feststellung, dass „die in diesem Zeitraum dargestellten Positionen zeigen, dass die Zeitschrift eine gleichzeitig konservative wie liberale Haltung zur Frauenfrage einnahm“, wäre unter stärker spezifizierter Berücksichtigung der Autorenschaft ggf. etwas differenzierter ausgefallen. Wichtige Momente der Beschleunigung der Frauenerwerbstätigkeit wie etwa auch die zunehmende Professionalisierung der Frauenberufe im (sozial)pädagogischen Bereich (Fröbel-Pädagogik), im Journalismus und der Kommunikationswissenschaft, in der Kunst, in der Literatur oder auch in der Büro-tätigkeit werden nur kurz angerissen, aber nicht weiter vertieft. Gerade am letzten Beispiel zeigte sich die fragile Stellung der Frau im Arbeitsleben, wenn es um den Mangel oder Überhang an Arbeitskräften in diesem Sektor ging. Auch die Rolle der Industrialisierung, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Rezession und deren Rückwirkung auf die Berücksichtigung der Frau im Arbeitsleben bleiben etwas vage, ebenso wie die Rolle von Frauen wie beispielsweise Alice Salomon, die gerade auf dem Gebiet der Professionalisierung der Sozialen Arbeit (als ein Moment der ‚geistigen Mütterlichkeit‘) wegweisend war und für die zeitgenössische Politik und Gesellschaft Grundlagen zur Einbindung von Frauen in den Berufsalltag schuf. All dies bleibt leider weitgehend ausgespart.

Interessant sind der verlagshistorische Aspekt und die Biographie des Verlegers Ludwig von Schaeffer Voigt – beide stehen für die Umbrüche der damaligen Zeit (S. 29 f.). Nicht minder charakteristisch für die Bedeutung der Zeitschrift auch auf literarischem/belletristischem Gebiet ist die Tatsache, dass namhafte Autoren wie etwa Mark Twain oder Wilhelm Raabe bereits sehr früh Werke veröffentlichten. Letzterer publizierte seine Novelle „Der Weg des Lachens“ vor ihrer

eigentlichen Buchveröffentlichung im Jahre 1859 vorab 1857 im „Bazar“ (S. 24). Dieser interessante Aspekt des Literatur- und Unterhaltungsteils, der belletristischen Beilage, ihre Gestaltung, Auswahl der Texte und Autorenschaft fällt in Krautwalds Untersuchung leider vergleichsweise wenig markant aus. Ihre Arbeit über die Zeitschrift „Bazar“ eröffnet aber ein überaus wichtiges Untersuchungsfeld – gerade auch im internationalen Vergleich mit seinen Nachfolgeorganen. Die Verfasserin hat dafür eine gute Basis für weitere Analysen und eine inhaltliche Vertiefung gelegt. Die Rolle des „Bazar“ als Informationsquelle und als Meinungsmacher wird ebenso deutlich wie die Darlegung der Phasen und der damit verbundenen Konnotation des idealtypischen Frauenbildes in der Gesellschaft im untersuchten Zeitraum, aber eben auch die Bedeutung der Zeitschrift als Medium für populärwissenschaftliche Inhalte und Forschungsergebnisse. Nicht zuletzt auch wird in der Untersuchung dieser Zeitschrift die Wechselwirkung von Privatem und Öffentlichem im Kontext der Frauenfrage besonders deutlich.

Berlin

Christiane Scheidemann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Dirk Schumann / Christoph Gusy / Walter Mühlhausen (Hrsg.): Demokratie versuchen. Die Verfassung in der politischen Kultur der Weimarer Republik.

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2021 (= Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Band 18), 391 S., ISBN: 978-3-525-31129-5

Vom Hofzeremoniell der frühen Neuzeit bis zum Biker-Tattoo mit den Sätzen des *Second Amendments*: es lohnt sich, Verfassungsgeschichte und Kulturgeschichte in einen Dialog zu bringen.¹ Dass dies auch und gerade für die Weimarer Republik und ihre Reichsverfassung (WRV) gilt, zeigt der vorliegende Sammelband auf beeindruckende Weise. Hervorgegangen aus einer Tagung zum 100-jährigen Jubiläum der WRV, befassen sich eine Vielzahl namhafter Expertinnen und Experten aus Rechts-, Geschichts- und Politikwissenschaft mit der Rolle der Verfassung in der politischen Kultur der ersten gesamtdeutschen Demokratie. Im Vordergrund steht dabei die „Frage nach der kulturellen Basis gerade der WRV in der Gesellschaft wie auch die Summe der Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit ihr“ (S. 20). Dabei ist ein äußerst lesenswerter Band entstanden, der nicht nur der WRV die „Option zur Erfolgsgeschichte“ (S. 367) zurückgibt, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Rolle der Verfassungskultur in der freiheitlichen Demokratie leistet.



Wie die Herausgeber Dirk Schumann, Christoph Gusy und Walter Mühlhausen in ihrem Vorwort betonen, stellt der Sammelband nicht „tatsächliche oder vermeintliche Mängel des Textes der WRV“ in den Vordergrund, sondern beschäftigt sich mit den von der Verfassung „ausgehenden Impulsen und deren Rezeption unter den Funktionsebenen wie in der breiten Bevölkerung“ (S. 27). Bereits der Beitrag von Andreas Wirsching zu „Zeiterwartung und Verfassungsschöpfung in Deutschland 1919“ macht dabei deutlich, dass trotz des unmittelbaren Kontexts von Niederlage, Revolution und Gewalt die Kompromissfindung zwischen Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen im Rahmen der Weimarer Nationalversammlung zu den „Sternstunden des deutschen Parlamentarismus“ gehört (S. 48). Diese Spannung zwischen Bedrückung und Verheißung drückte sich dabei beispielsweise in der Selbstverortung Friedrich Naumanns aus, „die Entwicklung bewußt mit schaffen [zu] wollen“ (S. 35-36).

Gerade im Vergleich zum „verfassungspolitischen Weg aus dem Krieg“ in Frankreich zeigt sich allerdings, wie Hélène Miard-Delacroix belegt, dass die „Revolutionsniederschlagung und Wirtschaftskrise“ sowie der Versailler Vertrag die „Errungenschaften der deutschen Verfassung“ früh

¹ Vgl. dazu: Barbara Stollberg-Rillinger: Verfassungsgeschichte als Kulturgeschichte, In: Zeitschrift der Savigny Stiftung für Rechtsgeschichte: Germanistische Abteilung 127 (2010), S. 1-32.

überlagerten (S. 65). Vertiefend führt Marcus M. Payk in seiner Darstellung des „Zusammenhangs von Weimarer Reichsverfassung und Versailler Vertrag“ aus, wie tief die „Empörung und Enttäuschung“ auf deutscher Seite darüber war, dass der „Anschluss an die demokratische Staatenwelt“, wie er in der WRV versucht wurde, „von den Siegermächten nicht honoriert worden war“ (S. 86). Der internationale Kontext steht auch im Zentrum von Dietmar Müllers Beitrag zur „Verfassungsgebung und Staatlichkeit im östlichen Europa der Zwischenkriegszeit“. Am Beispiel der Agrarreformen zeigt er dabei, dass die verfassungspolitischen Diskussionen über Eigentumsrechte auch eine „ethnonationale Dimension“ hatten, aufgrund derer „ehemals dominierende Gruppen (Deutsche, Ungarn Russen Türken), aber auch Angehörige kleinerer Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs (Bulgaren) ebenso wie Gruppen ohne Referenzstaaten (Juden, Ukrainer, Belarussen etc.) bei der Landumverteilung erheblich benachteiligt wurden“ (S. 117). Christoph Gusy betrachtet in seinem Essay zur „Verfassungsgebung in den Ländern“ ebenfalls die räumliche Dimension von Verfassungskultur. Dabei betont er, dass die „Prämissen für ein funktionierendes System der parlamentarischen Demokratie“ in Weimar gegeben waren (S. 104). Gleichzeitig arbeitet er heraus, dass sich beispielsweise die vergleichsweise Stabilität Preußens deutlich von der „relativen Instabilität“ Braunschweigs oder Thüringens unterschied (S. 102).

Die Beiträge von Walter Mühlhausen zu Friedrich Ebert und Wolfram Pyta zu Paul von Hindenburg beleuchten die Rolle des Reichspräsidenten, wobei sich Ebert und von Hindenburg in ihrer „Ehrfurcht vor dem freiheitlich-demokratischen ‚Geist‘ der Verfassung“ erheblich unterschieden (S. 177), was sich schließlich auch auf die Einhegung des Notstandsartikels (Art. 48 WRV) niederschlug. Diese Akteursperspektive wird durch Anthony McElligotts Beitrag zum Landrat Herbert von Bismarck ergänzt, dessen „gegenkulturelle Aktivitäten“ das „Ziel, die geschriebene Verfassung zu einer ‚lebendigen Verfassung‘ zu machen“ untergruben (S. 200). Zumindest in diesem Beispiel waren die Bemühungen der Republikaner, „die Verfassung zum Bestandteil des ‚Ichs‘ eines jeden Bürgers zu machen“ gescheitert. Anders sieht dies bei den von Nadine Rossol untersuchten „Verfassungsfeiern“ aus, mit denen der Unterzeichnung der WRV am 11. August 1919 gedacht wurde. „Die politische Inszenierung, die symbolische Besetzung des öffentlichen Raums und die Mobilisierung der Demokraten auf lokaler und staatlicher Ebene“, so Rossol, seien „weder schwach noch nüchtern gewesen“ (S. 223), wenngleich sich nicht nur bei der Einbeziehung von Frauen „Ambivalenzen und Uneinigkeiten“ zeigten (S. 224). Auch die „symbolische Macht des Weimarer Reichstags“, dem sich Andreas Biefang widmet, zeigt ein ambivalentes Bild, wobei Biefang letztendlich konzidiert, dass es weder dem Parlament noch dem Reichspräsidenten Ebert gelungen sei, eine wirksame „Repräsentationsfiktion“ (S. 227) zu erzeugen. Erst Hindenburg gelang eine „plausible und kraftvolle visuelle Inszenierung“, die freilich vor allem auf Kosten des parlamentarischen Systems ging (S. 236). Dem Reichstag sei es dagegen nicht gelungen, seinen „Geltungsanspruch, Volksvertretung zu sein [...] in ausreichendem Maße glaubwürdig erscheinen“ zu lassen (256).

Die Ambivalenzen zeigen sich auch, wenn man die WRV in Bezug zu einzelnen Handlungsfeldern setzt. In ihrem Beitrag zu „Diskussionen und Initiativen von Frauen und Männern“ zeigt Kirsten Heinsohn, dass es weniger an der Verfassung, als an „politischen Mehrheitsverhältnissen und der politischen Kultur lag“, wenn die gleichstellungspolitischen „Kulturkämpfe“ der jungen Republik „von konservativer Seite“ gewonnen worden seien (S. 272). Den „innovativen Aussagen zur Rechtsstellung von Frauen“ in der WRV (S. 261) hätten kulturelle Kodierungen, aber auch privatrechtliche Einschränkungen entgegengestanden. Wie Gerd Bender in seinem Beitrag zur „inkluisiven Arbeitspolitik“ herausarbeitet, zeigte sich im Bereich des Arbeitsrechts dagegen eine große „Entschlossenheit, mit der sich der neue Staat als Staat der arbeitspolitischen Erneuerung in Szene setzte“ (S. 277). Das Stinnes-Legien-Abkommen würdigt Bender dementsprechend „gemeinsam mit der staatlichen Normenproduktion [als] Teil einer bedeutenden Episode, in der die neuen Möglichkeiten der arbeits- und industriepolitischen Regierbarkeit greifbar waren“ (S. 294).

Die Geschichte der WRV regt auch dazu an, demokratische Grundbegriffe zu beleuchten. Dies gilt insbesondere für die „politische Kultur des Kompromisses“, der sich Marcus Llanque widmet. Zwar sei der Begriff von Kritikern bewusst genutzt worden, um Parlament und Verfassung abzuwerten, doch erkannten pro-republikanische Denker wie Eduard David und Hugo Preuß auch die Stärken einer kompromissorientierten Politik. Bei Hans Kelsen werde der Kompromiss schließlich sogar zum „Inbegriff des modus operandi der Demokratie“ (S. 305). Gleichzeitig, so arbeitet Llanque heraus, verträgt Kooperation nicht die „Inklusion aller denkbaren Werte und Überzeugungen, beispielsweise solche nicht, die explizit jeglichem Parlamentarismus den Kampf angesagt“ hätten (S. 322). Dabei verweist Llanque nicht nur auf Weimar, sondern auch auf die Münchner Konferenz von 1938 – eine Lehre, die sich durchaus auch auf die Gegenwart erweitern ließe. Ebenso aktuell sind Kathrin Grohs Beitrag zur „Problematik des Volkswillens“ im Kontext der Parlamentarismuskritik und Almut Neumanns Blick auf den „demokratischen Föderalismus als Herausforderung und Chance der Weimarer Verfassung“. Während Groh die „integrative Wirkung von Vielstimmigkeit“ (S. 335) herausarbeitet, zeigt Neumann gleich drei Chancen auf: die Chance eines demokratischen Mehrebenensystems (S. 345), eines symmetrischen Föderalismus (S. 348) und eines rechtsstaatlichen Föderalismus (S. 352).

Den Sammelband runden zwei Synthesen von Alexander Gallus und Anna-Bettina Kaiser ab. Auch wenn die Geschichtswissenschaft Weimar längst nicht mehr nur als Geschichte des Scheiterns erzählt, sondern vielmehr als ein „Laboratorium der Moderne“ (Detlev Peukert) mit einer offenen Zukunft betrachtet, so konstatiert Gallus dennoch ein „Auseinanderdriften von Anspruch und Wirklichkeit“ der WRV gegenüber „einer anders gearteten politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit“ (S. 372). Kaisers Anmerkungen zur „Integration als Schlüsselbegriff“ zeigen wiederum, warum die Auseinandersetzung mit der ambivalenten Geschichte der WRV auch für die heutige Zeit wertvoll sein kann. Konrad Hesse zitierend verweist sie auf den „Willen zur Verfassung“. Diejenigen, denen ein solcher Willen gefehlt habe, hätten „die Weimarer Republik bewusst zerstört“. Eine demokratisch-freiheitliche Verfassungskultur ist daher nicht nur eine analytische Kategorie der historischen Analyse, sondern auch Mahnung und Aufgabe für die Gegenwart.

Berlin

Thomas Clausen



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Desiderius Meier: Hermann Dietrich. Bürgertum und Liberalismus in der Weimarer Republik.

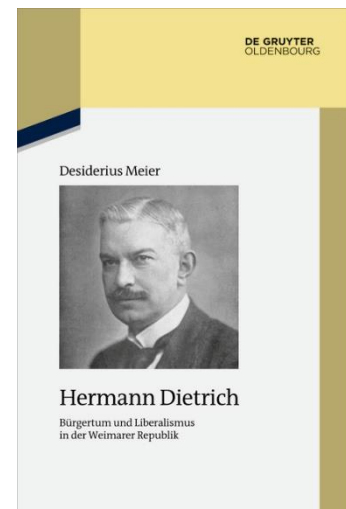
Berlin/Boston: de Gruyter, 2021 (= Studien zur Zeitgeschichte, Band 94), X, 559 S., 14 Abb., ISBN: 978-3-11-068154-3

Die Arbeiten von Trägern des Wolf-Erich-Kellner-Preises in dieser Rezensionenrubrik vorzustellen, ist meist vergnüglich. Bei der Untersuchung des Preisträgers von 2019 wird diese Erwartung mehr als übertroffen – es ist ein wirklich großes Vergnügen. Mehrere Dinge sind bei der Münchner Dissertation aus der Schule von Andreas Wirsching zusammengekommen: ein überaus interessanter Gegenstand, eine hervorragende Quellenlage sowie ein ungemein akribisch und umsichtig vorgehender Autor, der neue Aspekte gut einzuordnen und zu präsentieren weiß. Das Buch von Desiderius Meier ist – das sei vorweggenommen – ein großer Wurf zur Liberalismus-Forschung in der Weimarer Republik.

Dabei dürfte der Gegenstand seiner umfänglichen Teilbiographie nur noch Kennern der Weimarer Republik geläufig, vielen heutigen Liberalen – aus nachvollziehbaren Gründen – unbekannt sein, obwohl Hermann Dietrich neben dem weit stärker in der Erinnerung gebliebenen Gustav Stresemann der einflussreichste liberale Politiker Weimars gewesen sein dürfte; in jedem Fall kam er auf die nach dem langjährigen Außenminister längste Amtszeit eines liberalen Ministers. Vier Jahre an der Spitze eines Reichsministeriums waren in der Weimarer Republik eine wirklich beachtenswerte Leistung.

Lässt man einmal die parteipolitische Affiliation beiseite – „nationalliberale“ Deutsche Volkspartei (DVP) dort, „linksliberale“ Deutsche Demokratische Partei (DDP) hier –, gibt es zwischen beiden eine Reihe von Gemeinsamkeiten: Beide, Dietrich wie Stresemann, entstammten dem prekären Bürgertum, beide begannen ihren Aufstieg mit einem Studium, sicherten ihn über das politische Engagement im Nationalliberalismus und die Heirat mit einer zum arrivierten Bürgertum gehörenden Frau jeweils ab. Bei Stresemann vollzog sich der Aufstieg als Wirtschaftslobbyist in Sachsen, bei Dietrich in der Kommunalpolitik Badens, wo er zunächst Bürgermeister von Kehl und dann Oberbürgermeister von Konstanz war. Beide wurden in jungen Jahren auch bereits Reichstags- bzw. Landtagsabgeordnete.

Ob sich die beiden aufstrebenden „Jungliberalen“ vor 1919 schon begegnet sind, steht bei Meier nicht; der bis dahin ausschließlich in Baden agierende Dietrich wird von dem weit prominenteren Stresemann sicherlich gehört haben, ob auch umgekehrt, sei dahingestellt. Ab 1928 saßen sie für ein gutes Jahr zusammen im Kabinett des Sozialdemokraten Hermann Müller, obwohl sich parteipolitisch ihre Wege inzwischen getrennt hatten. Denn nach der Novemberrevolution fand zunächst nur Dietrich direkten politischen Anschluss an die neuen Verhältnisse; er wurde Außenminister in der ersten republikanischen Regierung Badens, ein schnell überflüssig werdendes Amt, das aber Dietrichs „Ministrabilität“ andeutete. Entsprechend schloss er sich der neuen,



eher linksliberal orientierten DDP an und nicht der eigentlichen nationalliberalen Nachfolgepartei DVP, die der vorerst ins politische Abseits gedrängte Stresemann aus der Taufe hob.

Für Dietrich war aber immer auch die DVP zumindest in ihrer Mehrheit Teil des Liberalismus, und er suchte in Baden ein enges Zusammengehen beider Parteien. Die ehemalige nationalliberale Hochburg Baden wurde zu Dietrichs politischer Hausmacht, die er zielstrebig durch Verdrängung oder Neutralisierung innerparteilicher Konkurrenten und den Einsatz seines erheiraten Vermögens ausbaute, indem er DDP-nahe Zeitungen übernahm und große Teile der Parteiarbeit finanzierte. Sie blieb es auch, nachdem er seinen politischen Schwerpunkt nach Berlin in den Reichstag verlegt hatte. Auch hier arbeitete er zielstrebig an seiner Karriere, politisch als Finanzexperte seiner Fraktion und gesellschaftlich durch seine zweite Ehe mit der Witwe des bekannten Kulturphilosophen Ernst Troeltsch.

1928 war es dann so weit: Dietrich wurde Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft; diese für Liberale eher außergewöhnliche Position kam Dietrichs Neigungen insofern entgegen, als er auch umfangreichen Grundbesitz geerbt hatte und sich nebenbei als Landwirt betätigte. In dieser Funktion war er wegen der Krise, die vor allem die ostelbische Landwirtschaft erfasst hatte, erstmals als „Trouble Shooter“ gefragt, was er zumindest so gut machte, dass er den nun maßgeblichen Kreisen um Reichspräsident Paul von Hindenburg auch als Minister eines von parlamentarischen Mehrheiten losgelösten Präsidialkabinetts geeignet erschien. Auf Umwegen wurde Dietrich dann Finanzminister und Vizekanzler in der Regierung von Heinrich Brüning und übte damit, nicht unbedingt zur Freude seiner eigenen Partei, eine zentrale Funktion in den Jahren der Weltwirtschaftskrise aus.

Mit dem Rücktritt des zweiten Kabinetts Brüning im Mai 1932, der wohl letzten Chance auf eine Stabilisierung der Republik, endet die Darstellung von Dietrichs Leben bei Meier. Seine Teilbiographie – Dietrich überlebte den Nationalsozialismus und war nach 1945 kurzzeitig nochmals politisch aktiv, ehe er 1954 im Alter von 78 Jahren verstarb – ist im Grundsatz chronologisch angelegt: In fünf Kapiteln wird sein Aufstieg vom Pfarrerssohn im Südschwarzwald bis an die Spitze des Finanzministeriums in Berlin sehr nah am umfangreichen Nachlass dargestellt und unter breiter Heranziehung der verschiedenen Forschungsstränge analysiert. Letzteres ist insofern bemerkenswert, weil Dietrichs außergewöhnlicher Werdegang Ansätze für sehr unterschiedliche Perspektiven liefert: auf die Liberalismus-Forschung im engeren Sinne, auf die Bürgertumsgeschichte zwischen Jahrhundertwende und Weltwirtschaftskrise, auf die Agrarpolitik und natürlich auf die Brüningssche Deflationspolitik.

Das sind jeweils gewichtige Forschungsfelder, mit denen Desiderius Meier in beeindruckender Weise umgeht. Konsequenter hat er seine fünf Großabschnitte thematisch unterteilt, um der Multiperspektivität in Dietrichs Biographie gerecht zu werden. So erfahren wir nicht nur viel Neues über seine politische Karriere und sein politisches Wirken auf kommunaler, Landes- und Reichsebene, sondern auch über seinen gesellschaftlichen Umgang und seine private Finanzlage. Gerade letzteres ist häufig ein in Biographien unterbelichteter Teil bzw. wird auch dazu benutzt, um den Protagonisten in kritisches bis negatives Licht zu rücken.¹ Meier geht mit Dietrichs unerwarteter Zugehörigkeit zu den „oberen Zehntausend“ unter den Steuerzahlern (S. 178, vgl. S. 284 f.) ganz nüchtern um; nicht sein Reichtum, den er auch karitativ einsetzte, an sich, sondern seine Anlagestrategie in Krisenzeiten wird kritisiert (vgl. S. 281 f. u. 293), wobei Meier eigentlich die gesamte Weimarer Republik als wirtschaftliche Krisenzeit sieht (vgl. S. 478 u. 488). Hier macht er sich die Sichtweise seines Protagonisten zu eigen, für den auch die Vorkriegsverhältnisse die Norm waren, die sobald wie möglich, so Dietrichs Hoffnung, wiederhergestellt werden müsste (vgl. S. 39 ff., 270 f. u. 288 f.).

¹ Vgl. z. B. Karl Heinrich Pohl: Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers. Göttingen 2015.

Da diese Hoffnung auch in den „Goldenen Zwanziger“-Jahren weit weg von der Realität war und Dietrich selbst dies im Rückgang seines eigenen Vermögens, über das er allerdings vor seiner ersten Eheschließung 1918 noch gar nicht verfügt hatte, verspürte, hatte dies auch offenkundige Auswirkungen auf seine (liberale) Weltsicht: Der ursprüngliche Fortschrittsoptimismus des Kehler Bürgermeisters wandelte sich in staatszentrierten Pragmatismus und zunehmenden Pessimismus, der kaum noch eine Zukunft für Liberalismus und mittelständisches Bürgertum sah (S. 463 f. u. 468).

Und dennoch wurde der als Minister eher misstrauisch beäugte Dietrich gewissermaßen zum letzten Hoffnungsträger der gebeutelten DDP, als die Fusion mit den Jungdeutschen 1930 binnen kurzem scheiterte und der Vorsitzende Erich Koch-Weser seinen Hut nehmen musste. Meiers luzide Überlegungen zum Weimarer Liberalismus und Dietrichs Rolle darin finden hier natürlich besondere Beachtung, nicht zuletzt, weil sie gut nachvollziehbar sind: Er kritisiert mit gutem Grund eine zu starke Berlin-Zentrierung und Vernachlässigung der „Provinz“ in der bisherigen Forschung, die die DDP deshalb im politischen Spektrum Weimars zu weit links eingeordnet habe. So sei sie von Anfang an, nicht nur, aber auch wegen des großen Zuzugs bisheriger Nationalliberaler, eine Partei der Mitte gewesen (S. 481 ff.). Ob man dafür auch schon die Vorkriegsentwicklung des Freisinns, der sich deutlich vom Linksliberalismus Eugen Richters unterscheiden habe (S. 483), verantwortlich machen kann, erscheint aber diskutabel, wenn man Friedrich Naumanns konsequente Links-Verortung der Freisinnigen und sogar der Nationalliberalen in Betracht zieht. Dann wäre eher der Weltkrieg das auslösende Moment der Mitte-Orientierung gewesen. In jedem Fall ist Meier aber darin Recht zu geben, dass Dietrich ein „Mainstream“-DDPler war, dessen politisches Denken die Heterogenität und Widersprüchlichkeit des Weimarer Liberalismus ziemlich exemplarisch widerspiegelt: „Insgesamt kann Dietrich als typischer DDP-Politiker bezeichnet werden“ (S. 484). Das gilt wohl nicht für den persönlichen Hintergrund, aber sehr wahrscheinlich für sein politisches Gebaren.

Vieles wäre an dieser mit Recht preisgekrönten Arbeit hervorzuheben, etwa Dietrichs Aktivitäten bei der geheimen Pressefinanzierung durch den Weimarer Staat, die er auch in Richtung DDP lenkte, oder Meiers nachvollziehbare Verteidigung der Brüningsschen Deflationspolitik, die Dietrich bis zuletzt uneingeschränkt unterstützte. Es bleibt am Ende die nachdrückliche Empfehlung, dieses Buch in seiner Gänze zur Kenntnis zu nehmen, weil es nicht nur einen wichtigen liberalen Akteur Weimars dem Vergessen entreißt, sondern weil es vor allem auch ein Meilenstein der Liberalismus-Forschung ist.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Natalja Jeske: Arno Esch. Eine Biographie.

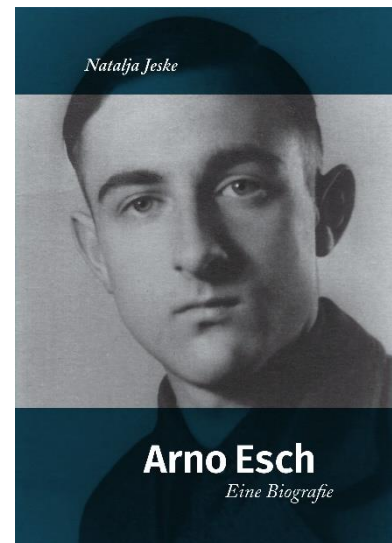
Schwerin: Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2021, 451 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-933255-63-1

Der 1928 in Memel geborene und 1951 in Moskau hingerichtete Arno Esch steht in markanter Weise für den dramatischen Versuch junger Liberaler, der zunehmenden Gleichschaltung und sozialistischen Machtdurchsetzung im Osten Deutschlands Widerstand entgegenzusetzen. Esch, von großem Bildungshunger und Verantwortungsbewusstsein geprägt, galt als ungewöhnlich begabt, besaß herausragende rhetorische Fähigkeiten und brannte darauf, die politische Entwicklung mitzugestalten. Nach der Flucht der Familie nach Mecklenburg und dem Abitur begann er 1946 ein Jurastudium an der Universität Rostock.

Mit dem Eintritt in die Liberal-Demokratische Partei (LDP) startete sein rasanter politischer Aufstieg innerhalb kürzester Zeit: An seiner Universität organisierte er die „Betriebsgruppe der LDP“, wurde im Dezember 1946 zum Kreisjugendreferenten der Partei gewählt, ein knappes Jahr darauf zum Landesjugendreferenten und 1949 zum Mitglied des Landes- und Zentralvorstandes. Unermüdlich war Esch im Landkreis „unterwegs, immer mit einer prall gefüllten Aktentasche“ (S. 167), er redete, organisierte, überzeugte. In zahlreichen Artikeln, vor allem in der liberalen Norddeutschen Zeitung, verteidigte er die Bürgerrechte und Gewaltenteilung, warb für freiheitliche und humane Ideale. Die notwendigen Aufgaben für das Studium erledigte er auf den Bahnfahrten zu Vorträgen und Versammlungen – ein „rastloses Leben“ (ebd.), so fasst es Jeske in ihrer beeindruckend minutiösen Biographie zusammen.

Dabei ging es Esch nicht vordringlich um strategisch erworbene politische Macht, sondern darum, „die Köpfe der Menschen zu gewinnen“ (S. 165), er wollte „überzeugen, nicht überreden“ (S. 138). Die Autorin spürt diesen Überzeugungen und ideellen Positionen des Heranwachsenden bis ins Detail nach. Zu den Vorbildern etwa gehörte Walther Rathenau, der für Esch „eine Lichtgestalt“ bildete. Dessen Werke, so Jeske, hatten seine „Lebenshaltung entscheidend beeinflusst“ und sollten helfen, eine „neue politische Theorie“ des Liberalismus zu formulieren (S. 227 f.).

Es kann nicht überraschen, dass der junge umtriebige Liberale ins Visier der Machthaber in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) geriet. Immerhin trat Esch gegen die Vormachtstellung der SED auf und kritisierte die zunehmende Vereinnahmung der LDP in der sozialistischen Blockpolitik. Auf dem Parteitag des Mecklenburgischen Landesverbandes im April 1949 plädierte er für einen offensiveren Kurs der LDP; seine Rede sei, so die Biographin, „kämpferisch, offensiv, mit Hoffnung erfüllt“ gewesen (S. 279). Und auch das Eisenacher Parteiprogramm trug für ihn „zu sehr den Charakter des Kompromisses“, wie er in der Norddeutschen Zeitung schrieb (S. 259). Dabei wusste Esch um das Dilemma der ostdeutschen Liberalen angesichts von Repressalien



und drohender Verhaftung: Ausharren unter Lebensgefahr im Wissen um die geringen freiheitlichen Gestaltungsräume in der SBZ oder die Flucht in den Westen, um von dort auf die politische Situation einzuwirken. Esch war überzeugt, dass eine „Befreiung“ nur von innen kommen könne, der Osten dürfe nicht abgeschrieben werden: „Wer einer liberalen Organisation empfiehlt, ihre Arbeit einzustellen, weil sie nicht leicht ist, wie andernorts, verlangt daher eine Aufgabe der liberalen Ideen selbst“, schrieb er im Juli 1948 (S. 162). Zugleich ließ er den Kontakt zu den Liberalen in den Westzonen nicht abreißen.

Das Festhalten an der Einheit der Liberalen sollte ihm schließlich ebenso zum Verhängnis werden, wie sein ungemindertes Eintreten für politische Freiheit und demokratische Rechte. Von der im Oktober 1949 an der Ostseeküste einsetzenden Verhaftungswelle gegen junge Liberaldemokraten war auch Arno Esch betroffen. Der sowjetische Geheimdienst und die SED konstruierten eine „Widerstands- und Spionagegruppe Arno Esch“, sein Briefwechsel mit dem Landesverband Berlin und westlichen Jungdemokraten diente später als Beweismittel im Moskauer Prozess. Vierzehn junge Männer fielen der Verfolgung zum Opfer, als einer der wenigen konnte sich Eschs langjähriger Mitstreiter in Rostock, der spätere Generalsekretär der FDP, Karl-Hermann Flach, in den Westen retten. Gleich zweimal wurde Esch von Sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt. Nach Ablehnung seines Gnadengesuchs wurde er am 24. Juli 1951 in Moskau hingerichtet. Sein Schicksal wurde – ebenso wie das der anderen Opfer – in der DDR totgeschwiegen; überlebende Zeitzeugen hielten die Erinnerung zwar aufrecht, aber erst nach der Wiedervereinigung gelang 1991 die Rehabilitierung durch den Obersten Gerichtshof der Sowjetunion.

Jeske hat dieser Persönlichkeit und ihrem kurzen, aber politisch bedeutsamen und bis zur Ermordung verheißungsvollen Lebenswegs eine Biographie gewidmet, die anhand zahlreicher Zeugnisse und Quellen eine präzise – geradezu hermeneutisch zu nennende – Einfühlung vornimmt. Letzteres ist in der Interpretation mitunter notwendigerweise spekulativ, bewegt sich aber immer im historischen Möglichkeitsraum. Auf methodische Reflektion wird dagegen weitgehend verzichtet; die ausgewerteten Materialien aber sind umfänglich: Neben der Überlieferung im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) wurden auch Aufzeichnungen aus zahlreichen weiteren Archiven genutzt, darunter das Archiv des Liberalismus, die Akten der DDR-Staatssicherheit sowie Privat- und Familienarchive. Einen großen Quellenbestand bilden die Selbstzeugnisse von Esch, seine stichpunktartigen Notizen und Reflektionen aus der Zeit nach 1945, seine Zeitungsartikel und programmatischen Überlegungen. Damit ergänzt und erweitert die Biographie die bisherige Kenntnis über Leben und Wirken von Esch erheblich und in wohl für lange Zeit erschöpfender Weise.¹

Die Darstellung geht in mehreren Abschnitten chronologisch vor, beginnend mit der Kindheit und Jugend in Memel von 1928 bis 1944, den Kriegswirren und dem Neuanfang in Rostock ab 1946 („endlich studieren“), der auch den Beginn der politischen Laufbahn bildete. Das zentrale Kapitel aber, das rund die Hälfte des Buches füllt, handelt von den Jahren 1947 bis 1949, der kurzen Zeit also zwischen Studienbeginn und Verhaftung. Der hier verortete Werdegang des noch nicht einmal Zwanzigjährigen – Eschs „Kampf für die Erneuerung des Liberalismus“ – liest sich wie ein politischer Bildungsroman: Jeske nimmt die Lektüren und Selbstzeugnisse von Esch unter die Lupe. Ihre Einschätzungen sind plausibel, wobei allerdings die Überlegungen, Motive und daraus resultierenden Handlungen Eschs teilweise folgerichtiger erscheinen, als sie es manchmal tatsächlich gewesen sein mochten.

Ein Beispiel sind die Pläne von Esch und einigen Mitstreitern, im November 1948 eine Radikal-Soziale Freiheitspartei zu gründen und dafür programmatische Überlegungen anzustellen. In welchem Verhältnis dieses Vorhaben zum zeitgleichen intensiven Engagement in der LDP passt,

¹ Vgl. Horst Köpke / Friedrich-Franz Wiese: „Mein Vaterland ist die Freiheit“. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. Rostock 1990.

bleibt offen. Vielleicht sind derartige Projekte auch als durchaus widersprüchliche liberale Suchbewegungen zu betrachten, weniger als strategische Planung. Was sich Esch dagegen von einer liberalen Partei erhoffte, bleibt nicht im Zweifel: Sie müsse „Wegbereiter einer neuen Lebensordnung“ sein, eine „Sammlungsbewegung aller freiheitlichen und sozialen Kräfte“, gebildet aus Teilen der ehemaligen Weimarer DDP, dem rechten Flügel der SPD und Teilen der neuen CDU (S. 224). Diese sozialliberal inspirierten Ideen erinnern durchaus an die liberalen Neuordnungskonzepte von Friedrich Naumann vor dem Ersten Weltkrieg.

Das letzte sehr einfühlsam verfasste Kapitel – „In den Fängen der sowjetischen Staatsicherheit 1949 bis 1951“ – beschreibt die Odyssee von Esch durch die sowjetischen Gefängnisse in Ostdeutschland und Moskau. Abgedruckt sind auch die Stellungnahmen bzw. Gnadengesuche von Esch.² Auch dieser Abschnitt bestätigt, dass es sich insgesamt um eine gut lesbare und eindrucksvolle Studie zu den Schwierigkeiten und Gefahren handelt, unter den Bedingungen der SBZ und des sich etablierenden DDR-Regimes persönliche Integrität, Freiheit und Selbstverantwortung zu verteidigen.

So bildet die Biographie von Jeske den Bildungsroman eines politisch wachen, praktisch wie theoretisch herausragenden jungen Mannes, der mit seinem Anspruch, liberale und demokratische Freiheitsrechte in die Tat umzusetzen, der herrschenden Macht in die Quere kam. Es hat nicht viele Liberale im 20. Jahrhundert gegeben, die ihr Leben im Widerstand gegen Unrecht und Unfreiheit riskierten. Arno Esch ist einer von ihnen. Jeskes gelungene Biographie zeichnet dieses Leben in aller Tiefe nach.

Berlin/Potsdam

Wolther von Kieseritzky



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

² Vgl. Fred Mrotzek: Der Fall Arno Esch. Zur Anatomie einer geheimdienstlichen Ermittlungsakte. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 31 (2019), S. 379-390.

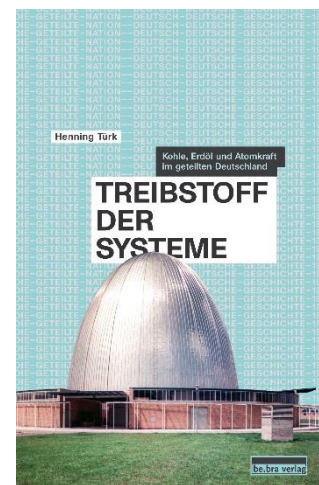


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Henning Türk: Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland.

Berlin: be.bra verlag, 2021 (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Band 3), 200 S., 22 Abb., ISBN: 978-3-89809-197-8

Auch über dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung und den damit einsetzenden Forschungen zur DDR- und zur deutsch-deutschen Geschichte gibt es noch gravierende Lücken. Dazu gehörte eine Untersuchung der Energieversorgung und -politik in den beiden Staaten in Deutschland 1949 bis 1990. Diesem Thema hat sich nun Henning Türk angenommen, der derzeit in einem DFG-Projekt zur energiepolitischen Zusammenarbeit der westlichen Staaten nach der ersten Ölkrise 1973 arbeitet. Vor dem Hintergrund des im Februar 2022 begonnenen Überfalls Russlands auf die Ukraine und dessen energiepolitischen Folgen hätte der Band kaum zu einem spannenderen Zeitpunkt erscheinen können. Schließlich bewahrt das Wissen über die Geschichte der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vor allzu kurzschlüssigen Deutungen und tagespolitisch motivierten Schuldzuweisungen ohne längerfristige historische Perspektive.



In den beiden Eingangskapiteln untersucht der Autor zunächst die energiepolitischen Ausgangsbedingungen in Deutschland während der NS-Zeit und unter den Besatzungsmächten. Spätestens seit Gründung der Weimarer Republik hatte sich gezeigt, dass die großen Kohlevorkommen allein nicht mehr ausreichend sein würden, da zunächst zunehmend rüstungs- und kriegswichtige flüssige Brennstoffe benötigt wurden, deren synthetische Herstellung jedoch kompliziert und aufwändig war, ein Problem, das auch während des Zweiten Weltkriegs nicht gelöst werden konnte.

In der Besatzungszeit griffen die Westmächte ganz anders in die Struktur der Kohleindustrie ein als die UdSSR. Während in der Sowjetischen Besatzungszone schon früh Verstaatlichungen einsetzten, vertagten die Westmächte die Entscheidung über entsprechende Schritte, die vor allem von der britischen Labour-Regierung Clement Attlee betrieben wurden, auf Drängen der USA auf die Zeit nach der Bildung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung – ein Spiel auf Zeit, mit dem die US-Regierung Erfolg hatte. Unabhängig von den Strukturfragen spielte Kohle eine zentrale Rolle während des Wiederaufbaus in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Nach 1949 wurde Erdöl immer mehr zum primären Energieträger in beiden deutschen Staaten. Während die Bundesrepublik Deutschland sich auf dem weitgehend von US-Unternehmen kontrollierten Weltmarkt versorgte, bezog die DDR ihr Öl aus der UdSSR, bis 1955 über einen Umweg durch Österreich, danach direkt aus der Sowjetunion, u.a. über die Pipeline „Drushba“. Das Drängen seitens der DDR auf Liefererhöhungen wurde zum Dauerthema, bei dem die DDR-Führung regelmäßig damit argumentierte, nur mit mehr Öl in der Systemkonkurrenz zur Bundesrepublik Deutschland bestehen zu können. Für die DDR war dies besonders lukrativ, denn sie kaufte

Rohöl zum Preis des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) unter Weltmarktniveau ein und verkaufte die Produkte zum Weltmarktpreis mit besonders hoher Gewinnspanne. Ökonomische Probleme mit langfristigen Folgen bekam die DDR, als Moskau ab 1975 eine immer kurzfristigere Anpassung der RGW-Preisstruktur an den Weltmarkt durchsetzte. Prompt kehrte die DDR wieder zur verstärkten (Braun-)Kohlenutzung zurück, allerdings verdoppelte sich der Preis für die Förderung einer Tonne Braunkohle in den 80er Jahren nahezu.

Aus heutiger Sicht überraschend, spielt das Thema Gas in dem Band nur eine geringe Rolle, obwohl der Einstieg in massive Gasimporte für die Bundesrepublik Deutschland aus Russland als Reaktion auf die Ölkrise 1973 in die 1970er Jahre fällt. Die so genannten Erdgas-Röhren-Geschäfte liefen trotz des zweiten Kalten Kriegs – nach NATO-Doppelbeschluss, sowjetischem Einmarsch in Afghanistan und anschließendem Olympia-Boycott etc. – im Prinzip ungestört weiter. Das Auswärtige Amt (!) hielt 1981 einen sowjetischen Anteil am Gasimport von 30 Prozent für unbedenklich. Heute erkennt man, dass das wohl mehr als nur der Beginn der schiefen Ebene war, auf der man die Abhängigkeit vom OPEC-Öl nicht durch breitere Streuung ablöste, sondern lediglich durch die zu enge Bindung an russisches Gas ersetzte. Diese Politik unterschied sich deutlich von der Haltung Anfang der 1960er Jahre, als die Union aus bündnispolitischen Gründen den Röhren-Unternehmen, v.a. Mannesmann und Hoesch, mit der Zustimmung zu einem Röhren-Embargo hohe Verluste zumutete.

Beide deutsche Staaten setzten ab den späten 1950er Jahren zunächst auf Atomenergie. Nahezu zeitgleich – auch hier fand die Systemkonkurrenz in Form eines Wettrennens statt – nahmen sie Ende 1957 die ersten Forschungsreaktoren in Betrieb. Ein gescheitertes Kapitel innerdeutscher Energiepolitik spielt in dem Band keine Rolle, nämlich die Pläne für ein bundesdeutsches Atomkraftwerk in der DDR, das vor allem durch langfristige Stromlieferungen nach Berlin (West) zu bezahlen gewesen wäre. Dieses Projekt zeigt, für wie stabil man die Entspannungspolitik Mitte der 1970er Jahre hielt. Immerhin war die sozialliberale Regierung grundsätzlich bereit, die Stromversorgung von Berlin (West) zu einem erheblichen Maß von der DDR abhängig zu machen. Spätestens nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl liefen die atompolitischen Wege nicht mehr parallel. Intensive Berichterstattung und eine zunehmend kritische Sicht auf die Atomenergie im Westen standen einer sehr spärlichen Informationspolitik und einem unbeirrten Festhalten am Atomstrom seitens der DDR-Führung im Osten entgegen. Ein Nebenaspekt: Eigentlich für den westlichen Markt produzierte Lebensmittel fanden jetzt keine Abnehmer mehr und füllten überraschend die Regale in DDR-Lebensmittelläden. Ein Teil der DDR-Bürger ließ aber, ähnlich wie viele Bundesbürger, die Finger davon.

Große Teile der Untersuchung zeigen die parallele, aber letztlich unverknüpfte Geschichte der Energiegewinnung in West und Ost. Das ist nachvollziehbar, denn es gab letztlich nur ein großes gemeinsames Projekt: den Braunkohleabbau bei Helmstedt-Harbke. Bereits seit den 1870er Jahren wurde dort Braunkohle gefördert und zur Energiegewinnung eingesetzt. Der bereits unter den Besatzungsmächten Großbritannien und UdSSR fortgesetzte Abbau wurde erst Ende Mai 1952 von der DDR abrupt unterbrochen. Die offenbar guten Fluchtmöglichkeiten spielten bei der Entscheidung womöglich eine Rolle, der Zeitpunkt unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) deutet aber darauf hin, dass letztlich die West-Ost-Beziehungen im Kalten Krieg ausschlaggebend waren, an dessen Grenzlinie an vielen Stellen traditionelle Wirtschaftsverbindungen gekappt wurden. Erst in der Folge des Grundlagenvertrages von 1973 kam es zu innerdeutschen Verhandlungen über die beiderseitige Wiederinbetriebnahme, die Ende 1976 beginnen konnte. Vorher musste die DDR aber ihre Grenzbefestigungen abbauen und 16.000 Minen räumen. Erst danach konnte für zehn Jahre, bis zur Erschöpfung der Vorräte, Kohle abgebaut werden.

Durchweg bezieht Türk die gesellschaftliche Stimmung zu Fragen der Energiepolitik mit ein; besonders deutlich wird das im Bereich Atomenergie, wo es zunächst eine große Euphorie in Ost

und West gab, die aber spätestens mit dem Tschernobyl-GAU endete. Aber auch die Umweltfolgen des Kohleabbaus werden berücksichtigt. Hier liegt eine sehr kompakte, gut lesbare Studie zu einem – im Vergleich zu klassischeren Themen – leider weniger bekannten Politikfeld vor.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net